

Schmitz, Andrea; Wolters, Alexander

Research Report

Politischer Protest in Zentralasien

SWP-Studie, No. S 4/2012

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Schmitz, Andrea; Wolters, Alexander (2012) : Politischer Protest in Zentralasien, SWP-Studie, No. S 4/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252797>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Andrea Schmitz / Alexander Wolters

Politischer Protest in Zentralasien

Potentiale und Dynamiken

S 4
Februar 2012
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Einleitung: Der »Arabische Frühling« als Bezugsrahmen
12	Zwischen Stagnation und Reformdruck: Protestpotentiale in Zentralasien
12	Kirgistan
14	Tadschikistan
17	Usbekistan
20	Turkmenistan
22	Kasachstan
27	Fazit und Schlussfolgerungen
30	Abkürzungen

*Dr. Andrea Schmitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der
Forschungsgruppe Russland/GUS
Alexander Wolters ist Promotionsstudent an der Europa-
Universität Viadrina*

Politischer Protest in Zentralasien Potentiale und Dynamiken

Die Massenproteste, die im Januar 2011 zuerst in Tunesien ausbrachen, sich dann auf immer mehr Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens ausbreiteten und die Regime in Tunesien, Ägypten und Libyen zu Fall brachten, haben auch in Zentralasien für Unruhe gesorgt. Tatsächlich weisen die fünf Republiken an der südlichen Peripherie der ehemaligen Sowjetunion eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit jenen Staaten auf, die Schauplatz des »Arabischen Frühlings« waren: Autoritäre Herrschaftsverhältnisse, gravierende soziale Missstände, Korruption und Selbstbereicherung der Eliten bei gleichzeitig wachsenden Aufstiegs-erwartungen der jungen Generation sorgen auch in Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan für große Frustration.

Eine vergleichende Analyse der relevanten demographischen, sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse zeigt aber, dass die Konflikt-Konstellationen in diesen fünf Republiken große Unterschiede aufweisen. Entsprechend unterscheiden sich auch die Bedingungen, unter denen sich politischer Protest entwickeln kann, ebenso wie seine mögliche Form und Dynamik. Besonders groß ist das Protestpotential in Kirgistan, wo sich diese Form der Artikulation von Empörung nach dem gewaltsamen Sturz der Präsidenten Akajew (2005) und Bakijew (2010) als neue Norm politischen Handelns etabliert hat.

In Tadschikistan hingegen sind Massenproteste derzeit wenig wahrscheinlich; lokal begrenzte Konfrontationen zwischen dem Regime und seinen Gegnern könnten aber leicht eine Spirale der Gewalt in Gang setzen. Ähnlich verhält es sich in Usbekistan: Dort sucht die Regierung potentielle öffentliche Unmutsäußerungen durch ein besonders hohes Maß an politischer Kontrolle zu unterbinden. Aufgrund seiner ausgeprägten Gewaltbereitschaft würde das usbekische Regime auf Proteste – zumal wenn sie sich mit islamistischen Akteuren in Verbindung bringen ließen – sehr schnell mit Gewaltakten reagieren.

Auch in Turkmenistan ist der Spielraum für Protest gering. Grund dafür ist nicht nur die starke politische Repression seitens des Staates, sondern auch der mangelnde Zugang der Bevölkerung zu unabhängigen Informationen; zudem fehlen ihr die technischen Mittel, um sich zu vernetzen und zu koordinieren.

Dies macht es weitgehend unmöglich, Kritik am Regime in kollektiven Protest zu überführen.

In Kasachstan wiederum sind neue Medien weit verbreitet; dank der wirtschaftlichen Erfolge ist die Protestneigung im Land aber nicht sonderlich ausgeprägt. Das Potential für Protest ist vor allem an den Rändern der Gesellschaft angesiedelt, wo sich die sozialen Missstände konzentrieren. So haben die anhaltenden Streiks in der Erdölindustrie Westkasachstans im Jahr 2011 gezeigt, dass Unzufriedenheit sehr schnell in offenen Protest umschlagen, sich mit politischen Forderungen verbinden und auch auf andere Landesteile übergreifen kann. Die Kombination von Repression und Beschwichtigung wird in Zukunft möglicherweise nicht mehr ausreichen, um Stabilität zu garantieren.

Ausmaß und Dynamik etwaiger Proteste werden auch in Zentralasien künftig verstärkt davon abhängen, inwieweit geeignete Informations- und Mobilisierungskanäle genutzt werden können. Tatsächlich verbreiten sich die neuen elektronischen Kommunikationsmedien rasant, soziale Online-Netzwerke werden immer populärer. Mit den wachsenden Möglichkeiten individueller Artikulation wird Protest zusehends unvorhersehbar; die Akteurslandschaft wird unübersichtlicher, das Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft insgesamt offener.

Bislang sind die Möglichkeiten für politischen Protest in der Region freilich begrenzt. Denn die Aussicht, dass ihre Staaten vor ähnlichen Entwicklungen stehen könnten wie die Länder des Arabischen Frühlings, hat die herrschenden Eliten Zentralasiens in Alarmbereitschaft versetzt. Einen Schock hatten bereits die »Farbrevolutionen« ausgelöst, die in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgistan (2005) Machtwechsel erzwangen. Damals verschärften die zentralasiatischen Regime die staatliche Zensur und andere innenpolitische Kontrollmaßnahmen und bekräftigten die sicherheitspolitische Allianz mit Russland. Dasselbe Reaktionsmuster ist auch im Kontext des Arabischen Frühlings zu beobachten. Zudem haben die zentralasiatischen Machthaber die mit den neuen *Social Media* eröffnete Möglichkeit der Massenmobilisierung sehr schnell erkannt und begonnen, diese Medien verstärkt für die ideologische Gleichschaltung zu nutzen. Es zeichnet sich ab, dass dies die Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft in den Ländern Zentralasiens vertieft, deren Machthaber sich gleichzeitig weiter vom Westen abwenden.

Dies wird allerdings den gesellschaftlichen Wandel in der Region auf Dauer nicht verhindern können. Wie die Fallstudien zeigen, läuft der Aufbruch Zentral-

asiens ins digitale Zeitalter lediglich in unterschiedlicher Geschwindigkeit ab: Während in Turkmenistan die Zahl neuer Internetanschlüsse noch sehr gering ist, gehen in Kirgistan und Kasachstan immer größere Teile der Bevölkerung immer schneller online. Damit entsteht eine Infrastruktur, die die Bildung von sich ad hoc konstituierenden und leicht mobilisierbaren »provisorischen Gemeinschaften« ermöglicht, was politischen Protest potentiell dynamisieren kann.

Die deutsche und die europäische Zentralasien-Politik sind auf den sich abzeichnenden Wandel nur unzureichend eingestellt. Einerseits sehen sie sich der Transformation der zentralasiatischen Staaten in offene Gesellschaften verpflichtet, andererseits ist die europäische Politik primär auf Stabilitätserwartungen fixiert: Sie unterstützt den Status quo in Zentralasien durch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit einschließlich des Transfers von Technologien, die von den staatlichen Repressionsapparaten zur Blockierung gesellschaftlichen Wandels genutzt werden und den Regimen helfen, den öffentlichen Raum zu monopolisieren. Die Umbrüche in der arabischen Welt haben jedoch deutlich gemacht, wie krisenanfällig autoritäre Regime sind.

Insofern ist es an der Zeit, auch die deutsche und die europäische Zentralasien-Politik zu überdenken und die Prioritäten neu zu gewichten. Die im Jahr 2012 anstehende Überprüfung der EU-Zentralasien-Strategie bietet Gelegenheit für überfällige Politik-anpassungen. Dabei empfiehlt es sich, weniger auf die klassischen Formen der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik zu fokussieren und mehr auf die Förderung neuer Formen der Austragung von Konflikten zwischen Staat und Gesellschaft. Dies setzt voraus, dass Deutschland und Europa das Spektrum ihrer Dialogpartner in Zentralasien erweitern und dabei verstärkt die Zivilgesellschaften in den Blick nehmen. Die Entscheidungsträger Zentralasiens müssen mit Nachdruck aufgefordert werden, die Einbindung ihrer Zivilgesellschaften in den globalen Erfahrungshorizont zu ermöglichen. Der Aufbruch ins digitale Zeitalter setzt aber auch voraus, dass sich die Akteure neues Wissen aneignen, um der wachsenden Komplexität, die mit der Verfügbarkeit neuer Medien einhergeht, intellektuell angemessen begegnen zu können. Die europäische Zentralasien-Politik sollte zur Unterstützung die Bildungszusammenarbeit mit den Staaten Zentralasiens stärker gewichten und den teilweise katastrophalen Verhältnissen in den Bildungssystemen vor Ort durch ein erhöhtes Engagement entgegenzutreten.

Einleitung: Der »Arabische Frühling« als Bezugsrahmen

Die Protestwelle, die im Jahr 2011 in Tunesien und Ägypten entstand und sich auf zahlreiche weitere Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens ausweitete, hat selbst professionelle Beobachter überrascht. Zwar wurde der arabische Raum stets als Konfliktregion betrachtet; die autoritären Regime dieser Region galten aber als grundsätzlich stabil und hinreichend anpassungsfähig, um gesellschaftlichen Dissens zu absorbieren. Zudem waren die Missstände, deren Beseitigung die Protestierenden nun verlangten, bereits seit längerem bekannt und von den Bevölkerungen der betroffenen Staaten jahrelang hingenommen worden, ohne dass es zu Massenaufständen gekommen wäre. Diese Missstände waren (und sind) zum einen sozio-ökonomischer Natur, zum anderen war es die Enttäuschung politischer Reformervorgaben, die die Massen in der arabischen Welt auf die Straße trieb.¹ Die Erfahrung anhaltender politischer Stagnation und die offensichtliche Kluft bei der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands resultierten in einer rapiden De-Legitimierung der staatlichen Regime, die schließlich in Massenproteste mündete.

Das unerwartete Aufflammen, die rasche Ausweitung und die anhaltende Intensität dieser Proteste haben ihre Ursache nicht zuletzt darin, dass sich die neuen elektronischen Kommunikationsmedien – Internet und Mobiltelefonie – und auf sie aufbauend digitale soziale Netzwerke in der arabischen Welt in den vergangenen Jahren rasant verbreitet haben. Dies hat die gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen radikal verändert. In Kombination mit herkömmlichen Medien wie Satellitenfernsehen und Radio haben sich die Informationskanäle vervielfältigt, und die Weitergabe von Informationen hat sich extrem

beschleunigt. Damit ist auch eine breitere Vernetzung der Kommunikationsteilnehmer möglich geworden. Der öffentliche Diskurs wurde vielstimmiger und in seinen Auswirkungen auf soziales Handeln weniger vorhersehbar. Der Arabische Frühling ist insofern nicht nur Ausdruck der Akkumulation gesellschaftlicher Unzufriedenheit, sondern auch Symptom einer neuen prinzipiellen Offenheit im Verhältnis von Politik und Gesellschaft im digitalen Zeitalter.

Die Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten wurden auch in den postsowjetischen Staaten aufmerksam verfolgt, besonders lebhaft in Zentralasien. Wie die Länder des Arabischen Frühlings sind die fünf Staaten Zentralasiens überwiegend Rohstoffförderer oder Exporteure von Arbeitskraft; darüber hinaus weisen sie weitere auffallende Gemeinsamkeiten mit den Ländern des Arabischen Frühlings auf.² Dazu zählt die bei teilweise hohen Wachstumsraten ausgeprägt ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Der vom Human Development Index (HDI) gemessene Wert für den Entwicklungsindikator »soziale Ungleichheit« bewegt sich für die fünf zentralasiatischen Republiken, ähnlich wie in den Ländern des Arabischen Frühlings, zwischen 0,48 und 0,59.³ Die relative Deprivation in diesen Ländern ist mithin hoch. Sie erreicht aber nicht absolute Werte wie etwa im subsaharischen Afrika mit seiner extremen Spal-

¹ Vgl. zum Arabischen Frühling Muriel Asseburg, *Der Arabische Frühling. Herausforderungen und Chancen für die deutsche und europäische Politik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2011 (SWP-Studie 17/2011), S. 9f; dies. (Hg.), *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2011 (SWP-Studie 27/2011); Jack A. Goldstone, »Understanding the Revolutions of 2011: Weakness and Resilience in Middle Eastern Autocracies«, in: *Foreign Affairs*, 90 (Mai/Juni 2011) 3, S. 8–17; Volker Perthes, *Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen*, München 2011.

² Vgl. Wojciech Ostrowski, »Rentierism, Dependency and Sovereignty in Central Asia«, in: Sally N. Cummings/Raymond Hinnebusch (Hg.), *Sovereignty after Empire. Comparing the Middle East and Central Asia*, Edinburgh: Edinburgh University Press, 2011, S. 282–303.

³ Der *Inequality Adjusted HDI* misst Ungleichheit in den Feldern Einkommen, Bildung und Lebenserwartung auf einer Skala von 0 als dem Wert für absolute Ungleichheit bis zu 1 als dem Wert für Gleichheit; vgl. Douglas A. Hicks, »The Inequality Adjusted Human Development Index: A Constructive Proposal«, in: *World Development*, 25 (1997) 8, S. 1283–1298. Die zentralasiatischen Republiken bewegen sich hier, mit Ausnahme Kasachstans, zwischen den Werten für *Medium Human Development* (0.480) und *High Human Development* (0.590), so wie auch überwiegend die Länder des Arabischen Frühlings, vgl. United Nations Development Programme (UNDP), *International Human Development Indicators, Inequality Adjusted HDI*, 2011, <<http://hdrstats.undp.org/en/indicators/73206.html>>. Zu den länderspezifischen Angaben siehe das folgende Kapitel, S. 13ff.

tung in wenige sehr Reiche und verarmte Massen und ermöglicht deshalb die Erfahrung von Ungleichheit als einem gesamtgesellschaftlichen Problem.

Auch in Zentralasien leidet die junge Generation, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung stetig zunimmt, unter mangelnden Aufstiegschancen: Rund 30 Prozent der Bevölkerung der zentralasiatischen Staaten (die jährlich im Durchschnitt um 1,8 Prozent wächst) sind jünger als 15 Jahre,⁴ während die Jugend- arbeitslosigkeit groben Schätzung zufolge (außer in Kasachstan)⁵ 20 Prozent übersteigt und damit nur leicht unter der in den arabischen Revolutionsländern (23,4 Prozent) liegt. Vor allem Tadschikistan und Kirgistan weisen zudem hohe Armutsraten auf⁶ sowie ein chronisch unterfinanziertes, desolates Bildungswesen. In Turkmenistan und Usbekistan werden Schulen und Hochschulen vorwiegend zur ideologischen Indoktrinierung instrumentalisiert, und auch in Kasachstans Bildungssystem bestehen gravierende Defizite.⁷

Parallelen zwischen beiden Regionen (den fünf Republiken Zentralasiens und den Schauplätzen des Arabischen Frühlings) zeigen sich nicht nur hinsichtlich sozio-struktureller Faktoren, sondern auch im politischen System: Auch in den zentralasiatischen Staaten haben politische Reformen nicht zu einem Wandel in Richtung Demokratie geführt. Vielmehr haben sich die aus der Sowjetzeit übernommenen autoritären Herrschaftsstrukturen in fast allen Staaten der Region verfestigt. Oppositionsgruppen, die nach der staatlichen Unabhängigkeit der ehemaligen autonomen Sowjetrepubliken noch politische Mitsprache einforderten, wurden im Lauf der neunziger Jahre sukzessive kooptiert und marginalisiert (Kasachstan, Tadschikistan) oder durch Repression eliminiert (Usbekistan, Turkmenistan). Korruption und Vetternwirtschaft sind ein integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung, wie etwa der Corruption Perceptions Index (CPI) verdeutlicht, in dem die fünf zentralasiatischen Republiken seit Jahren im schlech-

4 Vgl. die Länderdatenbank der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, zugänglich über <www.weltbevoelkerung.de/oberes-menue/publikationen-downloads/zu-unseren-themen/laenderdatenbank.html>.

5 Vgl. die entsprechenden Zahlen in den einzelnen Länderfallstudien, die dieser Schätzung als Grundlage dienen.

6 Siehe die Kapitel »Kirgistan« (S. 9ff) und »Tadschikistan« (S. 13ff).

7 Vgl. International Crisis Group (ICG), *Central Asia. Decay and Decline*, Bishkek/Brüssel, 3.2.2011 (Asia Report Nr. 201), <www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/201-central-asia-decay-and-decline.aspx>. Siehe auch das anschließende Kapitel, S. 12ff.

testen Drittel rangieren. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im vielbeachteten jährlichen »Freedom in the World«-Ranking der US-Nichtregierungsorganisation Freedom House wider, das die fünf zentralasiatischen Staaten als »konsolidierte autoritäre Regime«⁸ bewertet, die (mit Ausnahme Kirgistans) als »nicht frei« eingestuft werden; Usbekistan und Turkmenistan rangieren sogar unter jenen 9 (von insgesamt 47) Ländern, die im Hinblick auf politische Rechte und bürgerliche Freiheiten besonders schlechte Werte aufweisen und deshalb in jenem Index als »worst of the worst« klassifiziert wurden.⁹

Gleichzeitig hat sich in Zentralasien, ähnlich wie in der arabischen Welt, mit der Ausbreitung elektronischer Medien das Kommunikationsverhalten stark gewandelt: Mobilfunk, Internet und soziale Plattformen wie Facebook und Twitter bzw. ihre regionalen Pendanten wie *Vkontakte* haben an Popularität gewonnen; die Zahl der Internetnutzer hat sich seit 2005 vervielfacht und liegt auf ähnlichem Niveau wie im arabischen Raum.¹⁰ Ähnlich verhält es sich bei der Verbreitung von Mobiltelefonen.¹¹ Welche Bedeutung für die Massenmobilisierung den Medien zukommt, zeigte sich zuletzt während des »kirgisischen Frühlings« im April 2010, der zum Sturz des Präsidenten Kurmanbek Bakijew führte: Mit Handykameras aufgenommene Bilder der Ereignisse verbreiteten sich über soziale Online-Netzwerke, wurden auf Videoplattformen lanciert und tauchten später auch in Fernseh-Reportagen auf. Der Umsturz in Kirgistan wurde so zum ersten Ereignis in Zentralasien, das *live* mitverfolgt werden konnte.¹² Bereits bei den »Farbrevolutionen« in Georgien (2003), der Ukraine (2004)

8 Vgl. Christopher Walker, *Nations in Transit 2011. The Authoritarian Dead End: The Arab Spring's Implications for the Former Soviet Union*, Washington, D.C.: Freedom House, 2011, <www.freedomhouse.org/sites/default/files/inline_images/NIT-2011-Essay.pdf>.

9 Vgl. Freedom House, *Freedom in the World 2011. The Authoritarian Challenge to Democracy*, Washington, D.C., <www.freedomhouse.org/images/File/fiw/FIW_2011_Booklet.pdf>.

10 Vgl. *Percentage of Individuals Using the Internet, 2000–2010*, Genf: International Telecommunication Union (ITU), <www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/2010/IndividualsUsingInternet_00-10.xls>.

11 Vgl. zu Mobiltelefonen: *Mobile Cellular Subscriptions, 2001–2010*, Genf: ITU, <www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/2010/MobileCellularSubscriptions00-10.xls>.

12 Vgl. Neil Melvin/Tolkun Umaraliev, *New Social Media and Conflict in Kyrgyzstan*, Solna: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), August 2011 (SIPRI Insights on Peace and Security Nr. 2011/1), <<http://books.sipri.org/files/insight/SIPRIInsight1101.pdf>>.

und in Kirgistan (2005) hatte die Nutzung der Massenmedien entscheidend dazu beigetragen, die staatlich gelenkte Berichterstattung zu torpedieren und die Demonstranten zu sammeln.¹³

Trotz dieser Parallelen zwischen den Staaten Zentralasiens und denen des Arabischen Frühlings sind die Unterschiede beträchtlich. Zur Einschätzung, ob es auch in Zentralasien in absehbarer Zeit zu gesellschaftlichen Umbrüchen ähnlich denen im arabischen Raum kommen kann, müssen die Potentiale für politischen Protest in den einzelnen zentralasiatischen Staaten eingehender analysiert und diejenigen Faktoren identifiziert werden, die politischen Protest jeweils begünstigen bzw. erschweren.

13 Vgl. exemplarisch David Lane, »Coloured Revolution« as a Political Phenomenon«, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 25 (2009) 2–3, S. 113–135.

Konflikt, Protest, Revolte: Begriffliche Unterscheidungen^a

Konflikt bezeichnet allgemein eine Situation, in der die ungleiche Verteilung von Chancen sozialer Teilhabe in den verschiedenen Funktionsbereichen der Gesellschaft als Asymmetrie erfahren und registriert wird. Idealtypische Ausprägungen sind in der Wirtschaft der Ausschluss von Gruppen aus Produktions- und Konsumzusammenhängen. Während Mitglieder der Elite Reichtümer anhäufen, leben weite Teile der Bevölkerung in Armut und sozialem Elend. In der Politik wäre eine Extremform dieser Asymmetrie die Herrschaft durch Repression auf der einen Seite und die Erfahrung von Ohnmacht auf der anderen. Bei der Ausübung der Religion sind die Teilhabechancen extrem ungleich verteilt, wenn ein Dogma einen bestimmten Glauben monopolisiert und gleichzeitig verhindert, dass sich autonome Räume für alternative Praktiken ausbilden.

Konflikte können latent sein oder im akuten Fall die Form des Protestes oder der Revolte annehmen. *Latenz* bedeutet, dass Asymmetrien in der Gesellschaft wahrgenommen, aber nicht als Problem verhandelt werden. Entscheidend ist dabei, ob die Ungleichheit in einem gegebenen gesellschaftlichen Funktionsbereich in anderen Bereichen ausgeglichen werden kann – ob beispielsweise wirtschaftlicher Niedergang in verstärkter Migration ein Ventil findet oder politische Repression mit wirtschaftlichem Aufstieg kompensiert wird – oder ob es an Mitteln fehlt, um die Erfahrung von Asymmetrien zu artikulieren und die Ungleichheit öffentlich zu thematisieren.

Wird die Asymmetrie artikuliert und aggregieren sich zu diesem Zweck die Stimmen vieler zu einer Stimme, nimmt der Konflikt die Form des *Protestes* an. Wird Konflikt zu einer *Revolte*, droht das Risiko einer gewaltförmigen Konfrontation mit dem Ziel, eine Veränderung herbeizuführen. Das wirft die Frage auf, unter welchen Bedingungen Asymmetrien in einer Gesellschaft so erfahren werden, dass ihre Lösung nur noch in Gewalt gesucht werden kann.

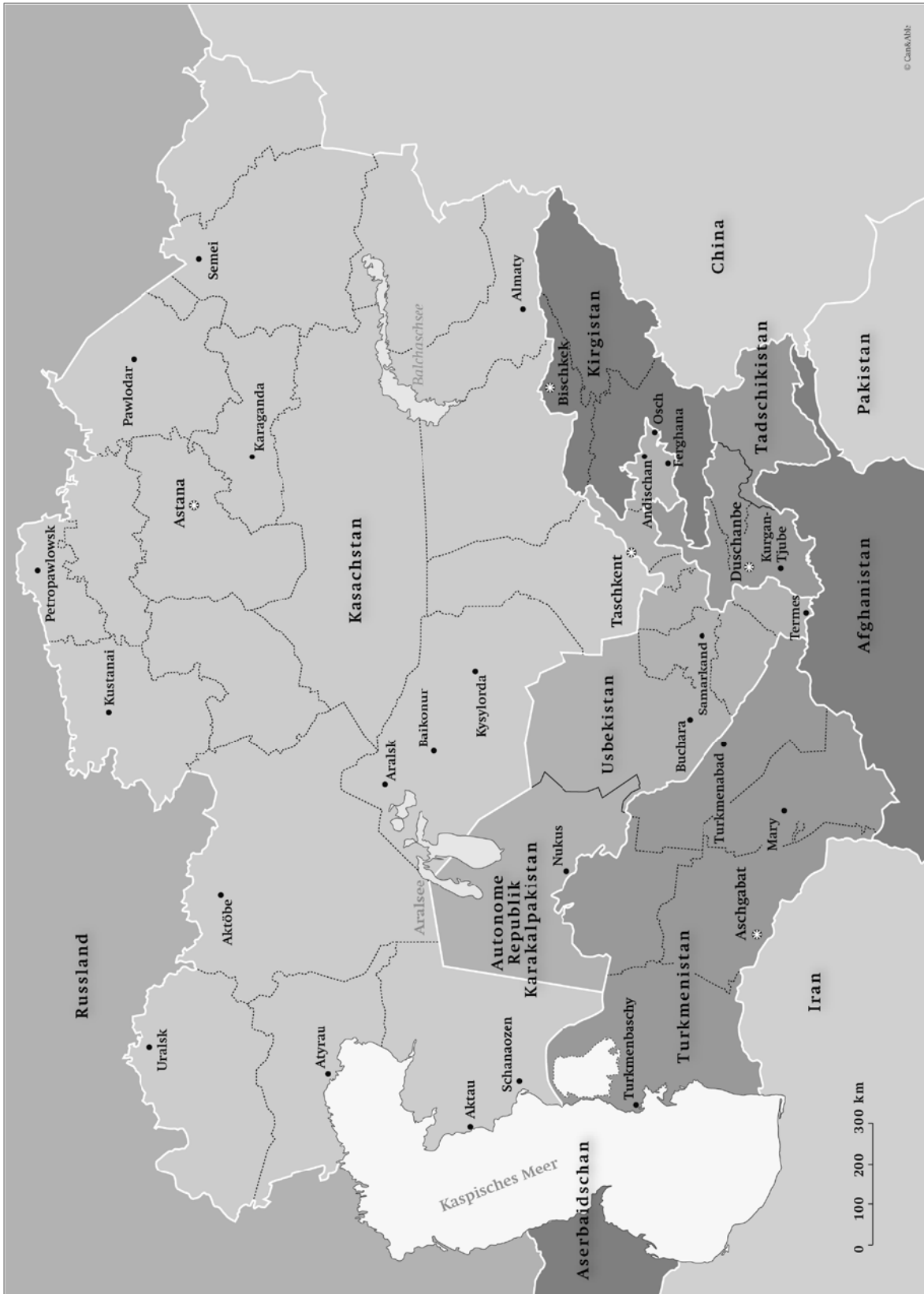
Protest erfordert Möglichkeiten, einen Widerspruch zu artikulieren, setzt also entsprechende Mittel und Referenzräume voraus: Ob die Stimmen vieler zu einer Stimme gebündelt werden können, hängt unter anderem davon ab, ob die Erfahrung von Ungerechtigkeiten geteilt werden kann, etwa durch die wechselseitige Beobachtung in einem öffentlichen Raum oder durch Vernetzung in einer

informellen Gruppe. Darüber hinaus hängen die Artikulation des Protestes und ihre Effekte davon ab, ob eine entwickelte öffentliche Meinung existiert, ob Zugang zu Massenmedien besteht und ob eine lose Vernetzung in den Aufbau einer Organisation überführt werden kann.

Ein Protest ist dezidiert politisch, wenn er mit einem Aufruf an die politischen Entscheidungsträger verbunden ist, die sozialen Ungleichgewichte abzubauen. Einer *Revolte* dagegen liegt die Erfahrung zugrunde, dass sich eine Änderung der ungleichen Verhältnisse mit friedlichen Mitteln nicht herbeiführen lässt. Eine Revolte zielt auf Umsturz der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und Absetzung ihrer Repräsentanten, ist also zunächst ein Akt der Befreiung und der Zerstörung. Eine Revolte zu beginnen erfordert Zugang zu Mitteln der Mobilisierung und zu Gewaltinstrumenten. Eine Revolte ist gestützt auf organisierte Schlagkraft, in ihrem Verlauf wird eine Führungsspitze ausgebaut und werden Spielräume für autonome Entscheidungen etabliert. Eine Revolte kann in eine *Revolution* münden, die auf dem Autoritätsverlust der alten Ordnung beruht und den Beginn von etwas Neuem markiert, sie kann aber auch unterdrückt und niedergeschlagen werden und einen Bürgerkrieg nach sich ziehen. Die Ereignisse in Nordafrika vermitteln einen Eindruck von den unterschiedlichen Entwicklungsverläufen, die Revolten nehmen können. Das Spektrum reicht von Rebellion und Revolution (Ägypten und Tunesien) über Repression und Niederschlagung (Bahrain und Syrien) bis hin zu Bürgerkrieg (Libyen). Wie diese Beispiele zeigen, ist zentrales Merkmal einer Revolte, dass sie eine Reaktion auf einen Konflikt erzwingt; gar nicht zu reagieren ist für die herausgeforderte Macht bei einer Revolte, anders als bei Protest, nicht möglich.

^a Nach Ralf Dahrendorf, *Soziale Klassen und Klassenkonflikte*, Stuttgart 1957; ders., *The Modern Social Conflict. An Essay on the Politics of Liberty*, New York 1987; Jörn Lamla, »Die Konflikttheorie als Gesellschaftstheorie«, in: Thorsten Bonacker (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005, S. 207–229; Julia Eckert, »Einleitung: Gewalt, Meidung und Verfahren: Zur Konflikttheorie Georg Elwerts«, in: Julia Eckert (Hg.), *Anthropologie der Konflikte: Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion*, Bielefeld, 2004, S. 7–25; Charles Tilly, *Die Europäischen Revolutionen*, München 1993; Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1994.

Karte
Zentralasien



Zwischen Stagnation und Reformdruck: Protestpotentiale in Zentralasien

In den nachfolgenden Fallstudien werden, erstens, diejenigen Asymmetrien in der Verteilung der Chancen sozialer Teilhabe identifiziert, die das Potential haben, zu Protesten zu führen, in Revolten umzuschlagen oder gar in eine Revolution zu münden. Zweitens wird das dynamisierende Potential der neuen Medien analysiert, ebenso wie die staatlichen Maßnahmen, mithilfe derer die Nutzung dieser Medien kontrolliert bzw. unterbunden werden soll. Auf dieser Grundlage wird dann, drittens, eine Einschätzung von Protestwahrscheinlichkeiten in den einzelnen Ländern vorgenommen.

Kirgistan

Kirgistan war in den beiden Jahrzehnten seit der staatlichen Unabhängigkeit bereits zweimal Schauplatz von Revolten, die zum Sturz des Präsidenten führten. Inspiriert von den »Farbrevolutionen« Georgiens und der Ukraine formierte sich im Frühjahr 2005 auch in Kirgistan eine Bewegung, die in der »Tulpen-Revolution« den Rücktritt des Präsidenten Askar Akajew erzwang. Die entscheidende Rolle bei der Mobilisierung dieser Protestbewegung spielten Patronage-Netzwerke und traditionelle Institutionen; angeführt durch Vertreter oppositioneller Gruppierungen und von Nichtregierungsorganisationen, protestierte diese Bewegung gegen Wahlfälschungen, Korruption und soziale Missstände, am 24. März stürmten ihre Anhänger den Regierungspalast.¹⁴ Auf den ins Exil geflohenen Akajew folgte Kurmanbek Bakijew, den fünf Jahre später, im April 2010, ein ähnliches Schicksal ereilte. Anders als im Fall der »Tulpen-Revolution« von 2005 war es 2010 jedoch keine organisierte Bewegung, die den kirgisischen Machthaber zu Fall brachte, sondern eine spontane Erhebung, bei der sich der Zorn über Bakijews verfehlte Wirtschaftspolitik, seine Repression gegenüber politischen Gegnern und die ungenierte Vetternwirtschaft Bahn brach.¹⁵ Anders als

2005 wurde die Dynamik der zweiten kirgisischen Revolution 2010 maßgeblich durch die neuen Medien geprägt: Diese fungierten nicht nur als Vehikel der Mobilisierung, sondern ermöglichten auch die simultane Beobachtung des Sturms auf den Präsidentenpalast und machten so einen Großteil der Bevölkerung zu Augenzeugen des Geschehens.¹⁶

Heute, knapp zwei Jahre später, sind die Herausforderungen unverändert groß, vor denen Kirgistan steht. Die soziale und wirtschaftliche Situation des überwiegend agrarisch geprägten Landes ist anhaltend desolat:¹⁷ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt bei rund 2200 US-Dollar pro Einwohner,¹⁸ die Jugendarbeitslosigkeit offiziell bei rund 10 Prozent;¹⁹ die tatsächlichen Zahlen dürften weit darüber liegen. Zwar wird der Beschäftigungsmangel teilweise durch (saisonale) Arbeitsmigration nach Russland und nach Kasachstan aufgefangen, doch muss rund die Hälfte der kirgisischen Bevölkerung (2010: knapp 52 Prozent) von weniger als 2 US-Dollar pro Tag leben;²⁰ die Inflationsrate betrug 2010 knapp 8 Prozent, 2011 rund 19 Prozent.²¹ Vom Wirtschaftseinbruch infolge der Unruhen 2010 hat sich das Land bisher nicht erholt, und die Prognose ist ungünstig:²² Kirgistan verfügt kaum

Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2011 (SWP-Studie 16/2011), S. 7.

¹⁶ Vgl. Melvin/Umaraliev, *New Social Media and Conflict in Kyrgyzstan* [wie Fn. 12].

¹⁷ Vgl. ausführlich Schmitz/Trevisani, *Neuanfang im Schatten der Krise* [wie Fn. 15], S. 18ff und passim.

¹⁸ Vgl. International Monetary Fund (IMF), *World Economic Outlook Database*, Washington, D.C., September 2011. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich hier und im Folgenden alle Angaben auf das Jahr 2010.

¹⁹ Vgl. Ministerstvo Truda, Zanjatosti i Migracii Kyrgyzskoj Respubliki, *Bezrobotica sredi Molodeži. Analiz Tekušeje Situacii* [Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Migration der Kirgisischen Republik, *Jugendarbeitslosigkeit. Eine aktuelle Analyse*], 15.7.2011, <www.mz.kg/news/view/id/340>.

²⁰ Vgl. Bertelsmann Transformation Index (BTI) 2010, *Kyrgyzstan Country Report*, S. 1, <www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/laendergutachten/laendergutachten/gus-und-mongolei/kyrgyzstan>.

²¹ Vgl. IMF, *World Economic Outlook Database*, September 2011 [wie Fn. 18].

²² Vgl. Germany Trade & Invest, *Wirtschaftsentwicklung Kirgistan 2010/2011*, <www.gtai.de/ext/Export-Einzelsicht/

¹⁴ Vgl. Azamat Temirkulov, »Kyrgyz »Revolutions« in 2005 and 2010: Comparative Analysis of Mass Mobilization«, in: *Nationalities Papers*, 38 (2010) 5, S. 589–600 (592ff).

¹⁵ Vgl. Andrea Schmitz/Tommaso Trevisani, *Neuanfang im Schatten der Krise. Kirgistan nach dem Regimewechsel*, Berlin:

über natürliche Ressourcen und ist aus diesem Grunde, aber auch wegen seiner rechtlichen und politischen Unsicherheit für Investoren wenig attraktiv. Zwar konnte sich Kirgistan, das seit 1998 der WTO angehört, in der Vergangenheit als regionaler Umschlagplatz für Waren aus China etablieren; seit dem Inkrafttreten der Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan im Juli 2011 ist dieser Transithandel allerdings zurückgegangen. Auch der absehbare Beitritt Kirgistans zur Zollunion wird die Situation kaum entschärfen: Zum einen müssen Kompensationszahlungen an Drittländer geleistet werden, die den kirgisischen Staatshaushalt zusätzlich belasten werden; zum anderen wird sich die Mitgliedschaft Kirgistans in der Zollunion negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit seiner heimischen Wirtschaft auswirken, unter anderem weil der kirgisische Markt mit Produkten aus Russland überflutet zu werden droht.²³ Es ist daher absehbar, dass Kirgistan auch weiterhin von Entwicklungshilfe und den Überweisungen seiner Arbeitsmigranten aus dem Ausland abhängen wird.

Vor diesem Hintergrund sind die Aussichten denkbar schlecht, dass der Lebensstandard der Kirgisen durch neue Arbeitsplätze und höhere Löhne steigen und die gegenwärtig prekäre Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und Energie sich verbessern könnte. Das Bild eines chronischen Staatsversagens wird verstärkt durch die anhaltende Unterfinanzierung der für die menschliche Entwicklung zentralen Sektoren Bildung und Gesundheit sowie durch die Wahrnehmung, dass die Korruption alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt.²⁴ Es verwundert daher nicht, dass Politik von den Kirgisen vor allem als Vehikel zur Selbstbereicherung angesehen wird, wie jüngere Umfragen belegen.²⁵

Auch der neuen Regierung Kirgistans unter Omurbek Babanow dürfte es kaum gelingen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zu steigern, zumal die Politik seit dem Regimewechsel von 2010 und der Ein-

richtung eines parlamentarischen Systems auf noch ungewohntem Terrain agiert. Entsprechend fehleranfällig sind die politischen Entscheidungen, während die Öffentlichkeit gleichzeitig schnelle Verbesserungen anmahnt.

Die Erfahrung zweier Revolutionen binnen weniger Jahre und die neue Intensität öffentlicher Beobachtung haben das Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft in Kirgistan entscheidend verändert.²⁶ Seit dem Regimewechsel – der Ratifizierung einer neuen Verfassung, den Parlamentswahlen vom Oktober 2010, der Konstituierung einer neuen Regierung unter Premierminister Almas Atambajew sowie den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2011 – sind Demonstrationen und andere öffentliche Protestaktionen zu einer gängigen Form der politischen Meinungsäußerung geworden. Dass dies auch massive Gewaltanwendung mit sich bringen kann, haben besonders die Massenausschreitungen gegen die usbekische Minderheit Kirgistans im Juni 2010 im Süden des Landes gezeigt. Die ethnischen Auseinandersetzungen, deren Ursachen und Hintergründe bis heute nicht aufgearbeitet wurden,²⁷ sind zu einer Art kollektivem Trauma geworden, das den politischen Umbruch in Kirgistan überschattet und neue Konfliktpotentiale schafft. Denn die gewaltsamen Ausschreitungen und ihre Verdrängung durch die kirgisische Mehrheitsgesellschaft stellen nicht nur das friedliche Zusammenleben zwischen Kirgisen und Usbeken grundlegend in Frage, sondern auch das seit der Unabhängigkeit kultivierte Selbstverständnis der kirgisischen Polis als einer multi-ethnischen und toleranten Gesellschaft.²⁸

Damit befindet sich Kirgistan in einer paradoxen Situation: Einerseits ist davon auszugehen, dass das Land weiterhin Schauplatz von Protest bis hin zu Gewaltausbrüchen sein wird. Die Liberalisierung des öffentlichen Raumes – manifestiert durch eine Rate des Zugangs zum Internet von knapp 40 Prozent, eine Mobilfunk-Verbreitung von 100 Prozent, die Einrich-

DE/Content/___SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templateId=renderPrint/MKT201106168024.pdf>.

²³ Vgl. Bakyt Baimatov, »Kyrgyzstan Faces Bleak Prospects in the Customs Union«, *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 13 (6.7.2011) 13, S. 9–11, <www.cacianalyst.org/?q=node/5591>.

²⁴ Mit Platz 164 (unter 183 Ländern) im Corruption Perceptions Index (CPI) 2011 von Transparency International zählt Kirgistan zur Gruppe der als hochkorrupt eingestufteten Länder; vgl. <<http://cpi.transparency.org/cpi2011/results/>>.

²⁵ Vgl. Dina Tokbaeva, *Uncertain Mood in Kyrgyz Election Campaign*, Institute for War and Peace Reporting (IWPR), 24.10.2010 (Reporting Central Asia, Nr. 660).

²⁶ Dazu grundlegend: Alexander Wolters, »The Loss of Difference. The Conditions of Modern Politics in Kyrgyzstan«, in: Susan Stewart/Margarete Klein/Andrea Schmitz/Hans-Henning Schröder (Hg.), *Presidents, Oligarchs and Bureaucrats. Forms of Rule in the Post-Soviet Space*, Farnham 2012, S. 223–240 (im Erscheinen).

²⁷ Vgl. Schmitz/Trevisani, *Neuanfang im Schatten der Krise* [wie Fn. 15], passim.

²⁸ Zu den gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Implikationen kollektiver Traumata vgl. Kate Schick, »Acting Out and Working Through: Trauma and (In)Security«, in: *Review of International Studies*, (2011) 37, S. 1837–1855.

tung unabhängiger Fernseh- und Radiosender sowie das Erscheinen unabhängiger Zeitungen²⁹ – ermöglicht es, Protest offen zu artikulieren. Im virtuellen Raum wird dieser Wandel durch digitale *Social Media* wie *Odnoklassniki* und Facebook oder Videoplattformen wie YouTube und *Namba.kg* gefördert, die in Kirgistan zu den am häufigsten besuchten Websites gehören.³⁰

Andererseits ist eine Revolte oder gar Rebellion nach nordafrikanischem Muster in Kirgistan eher unwahrscheinlich: Seit dem Sturz von Präsident Bakijew im April 2010 liegt die Entscheidungsgewalt formal beim Parlament; im Gegensatz zu den übrigen zentralasiatischen Staaten ist der Gesellschaft Kirgistan damit eine eindeutige Adresse für politischen Protest abhanden gekommen. Es kann öffentlich nicht mehr zweifelsfrei bestimmt werden, wer das Machtzentrum bildet: Präsident, Premierminister, Parlament oder öffentliche Meinung? Gleichzeitig wird das Versagen politischer Entscheidungsträger unmittelbar und ungefiltert der Kritik der Öffentlichkeit ausgesetzt. Eben daran kann Protest anknüpfen, der sich nun auch leichter und schneller denn je artikulieren und aggregieren lässt. Das Risiko dieser Konstellation liegt in einer vorschnellen Enttäuschung und Resignation großer Teile der Gesellschaft, die sich letztlich in spontaner Gewalt entladen könnten.

Tadschikistan

In Tadschikistan liegen die Verhältnisse insofern anders, als aufgrund der Erfahrung eines Bürgerkriegs (1992–1997)³¹ und der Fragilität staatlicher Institutionen³² Protest immer auch das Potential birgt, militärische Aktionen und in der Folge eine Gewaltspirale

auszulösen. In Tadschikistan sind die Teilhabechancen sehr ungleich verteilt. Hierin ähnelt das Land Kirgistan; anders als dort betreffen diese Asymmetrien in Tadschikistan aber nicht nur Wirtschaft und Politik, sondern auch die Religionsausübung. Die neuen Medien, die sich auch in Tadschikistan rasant verbreiten, schaffen jedoch neue Möglichkeiten, diese Ungleichheit anzuprangern.

Mit einem BIP von nur rund 1900 US-Dollar pro Einwohner ist das agrarisch geprägte Tadschikistan das ärmste Land der Region.³³ Rund 60 Prozent der Bevölkerung arbeiten in der Baumwollproduktion, die rund ein Fünftel zum BIP beiträgt, aber von semi-feudalen und monopolistischen Strukturen gekennzeichnet ist³⁴ und den Beschäftigten nur geringe Verdienstmöglichkeiten bietet, die teilweise kaum das Existenzminimum decken. Die Hälfte der Bevölkerung muss von weniger als 2 US-Dollar pro Tag leben.³⁵

Zweitwichtigstes Exportgut (nach der Baumwolle) ist Aluminium. Die unmittelbar staatlich kontrollierte und besonders intransparente Aluminiumindustrie erwirtschaftet enorme Einkünfte, die aber nur zu einem Bruchteil ins offizielle BIP eingehen, weil sie auf private Konten im Ausland fließen.³⁶ Intransparenz und Korruption kennzeichnen auch den Energiesektor. Tadschikistan ist reich an Wasser und könnte grundsätzlich aus Wasserkraft gewonnene Energie exportieren; tatsächlich kann jedoch in Stoßzeiten nicht einmal der heimische Bedarf gedeckt werden. Ursache dieser Defizite sind nicht nur die unzureichende Infrastruktur, sondern auch fortgesetztes Missmanagement.³⁷

Tadschikistan hatte 2011 Auslandsschulden von mehr als 2 Milliarden US-Dollar³⁸ und ist auf Entwicklungshilfe angewiesen, um die Grundversorgung der

29 Vgl. zu Mobilfunk: *Mobile Cellular Subscriptions, 2001–2010* [wie Fn. 11], zu Internet vgl. *Internet World Stats, Internet Users in Asia*, 31.3.2011, <www.internetworldstats.com/stats3.htm>; siehe auch Alexander Wolters, »The Changing Media Landscape in Kyrgyzstan and Central Asia«, *ina global*, 29.3.2011, <www.inaglobal.fr/en/ideas/article/changing-media-landscape-kyrgyzstan-and-central-asia>.

30 Vgl. Alexa, *Top Sites in Kirgistan*, <www.alexa.com/topsites/countries/KG> (eingesehen am 10.12.2011).

31 Vgl. Shirin Akiner, *Tajikistan: Disintegration or Reconciliation?*, London: Royal Institute of International Affairs, 2001; Shirin Akiner/Catherine Barnes, »The Tajik Civil War: Causes and Dynamics«, *Conciliation Resources*, März 2001, <www.cr.org/our-work/accord/tajikistan/causes-dynamics.php>.

32 Vgl. ICG, *Tajikistan: On the Road to Failure*, Duschambe/Brüssel, 12.2.2009 (Asia Report Nr. 162), <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/central-asia/tajikistan/162_tajikistan__on_the_road_to_failure.pdf>.

33 Vgl. IMF, *World Economic Outlook Database*, September 2011 [wie Fn. 18].

34 Vgl. BTI 2010, *Tajikistan Country Report*, S. 12, <www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/CIS/Tajikistan.pdf>.

35 Nämlich knapp 51 Prozent, vgl. ebd., S. 2.

36 Vgl. »IMF Attacks Tajikistan Aluminium Co – Orders International Audit«, 11.9.2008, <www.mineweb.com/mineweb/view_mineweb/en/page36?oid=62257&sn=Detail> (Original Report: <www.imf.org/external/np/loi/2008/tjk/061008.pdf>).

37 Vgl. BTI 2010, *Tajikistan Country Report* [wie Fn. 34], S. 2; im CPI belegt Tadschikistan Platz 152 (von 183); vgl. Transparency International, *Corruption Perceptions Index 2011* [wie Fn. 24].

38 Vgl. »Tajikistan's External Debt Reaches US\$2.075 bln«, *Asia-Plus*, 25.7.2011, <<http://news.tj/en/news/tajikistan-s-external-debt-reaches-us2075-bl>>.

Bevölkerung zu gewährleisten und chronische Engpässe bei der Lebensmittelversorgung auszugleichen.³⁹ Die wichtigste Rolle spielen jedoch die Überweisungen von Arbeitsmigranten, die mit jährlich über 2 Milliarden US-Dollar etwa die Höhe der staatlichen Auslandsschulden erreichen und 2010 rund 35 Prozent des BIP ausmachten.⁴⁰ Ähnlich wie in Kirgistan fehlen auch in Tadschikistan Erwerbsmöglichkeiten für weite Teile der Bevölkerung; dieses Defizit dürfte sich unter dem Druck einer wachsenden Zahl chinesischer Immigranten, die teils legal, teils illegal in Tadschikistan arbeiten, zukünftig noch verschärfen.⁴¹ Zwar beträgt die Arbeitslosigkeit in Tadschikistan offiziell nur 2,2 Prozent;⁴² der tatsächliche Anteil der nicht bzw. nur unzureichend Beschäftigten wird jedoch auf bis zu 40 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung geschätzt. Dies trifft vor allem die 15- bis 29-Jährigen, die mehr als die Hälfte der Arbeitslosen stellen, gefolgt von den 30- bis 49-Jährigen.⁴³ Nicht eingerechnet sind dabei die rund 800 000 tadschikischen Arbeitsmigranten, die sich als Saisonarbeiter im Ausland verdingen; von manchen Experten wird die Zahl sogar auf über eine Million geschätzt, was einem Siebtel der Bevölkerung Tadschikistans entspricht. In den Jahren 2007 bis 2009 waren 96 Prozent der tadschikischen Arbeitsmigranten in Russland beschäftigt, wo der hohe Ölpreis die Wirtschaft stimulierte und die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften anheizte, vor allem im Baugewerbe und anderen Niedriglohnsektoren.⁴⁴

³⁹ Vgl. World Food Program, *Tajikistan Food Security Monitoring System*, August 2011 (Bulletin, Nr. 10), <<http://documents.wfp.org/stellent/groups/public/documents/ena/wfp239939.pdf>>; United Nations Country Team, *United Nations Development Assistance Framework for Tajikistan, 2010–2015*, Duschanbe 2009,

<www.unpei.org/PDF/UNDAF_2010-2015_Tajikistan_Eng.pdf>.

⁴⁰ Nach dem Krisenjahr 2009 verzeichnete Tadschikistan 2010 wieder einen Anstieg der Überweisungen aus dem Ausland; vgl. World Bank, *Migration and Remittances Factbook 2011*, Washington, D.C. 2011, S. 14, 238, <<http://siteresources.worldbank.org/INTLAC/Resources/Factbook2011-Ebook.pdf>>.

⁴¹ Vgl. »Tajikistan to Monitor Illegal Chinese Immigration«, *RFE/RL*, 10.11.2011, <www.rferl.org/content/tajiks_monitor_illegal_chinese_immigrants/24386951.html>.

⁴² Die Angabe bezieht sich auf das Jahr 2009; vgl. The World Factbook, *Tajikistan*, Washington, D.C.: Central Intelligence Agency (CIA), <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ti.html>>. Für 2010 liegen keine Angaben vor.

⁴³ Vgl. UNDP Tajikistan, *National Human Development Report 2008–2009: Employment in the Context of Human Development*, Duschanbe 2010, S. 82, 86, <<http://europeandcis.undp.org/home/show/227D5C68-F203-1EE9-BD56764B2CB21E91>>.

⁴⁴ Vgl. Alexander M. Danzer/Oleksiy Iwaschenko, *Migration Patterns in a Remittances Dependant Economy: Evidence from Tajikistan during the Global Financial Crisis*, o. O., o. D., <[Die Abhängigkeit Tadschikistans von der Arbeitsmigration nach Russland stellt ein großes Risiko dar: zum einen für die Gastarbeiter selbst, die in Russland keinerlei Rechtssicherheit genießen und jederzeit ausgewiesen werden können,⁴⁵ zum anderen für das Regime des tadschikischen Präsidenten Emomali Rahmon, das unter der Bevölkerung ohnehin kaum Rückhalt besitzt und im Falle einer von den Gastländern erzwungenen Rückkehr der Migranten unter enormen politischen Druck geraten könnte. Eine massenhafte Rückkehr ließe die latenten sozialen Konflikte mit großer Wahrscheinlichkeit in offenen sozialen Protest umschlagen, gegen den das tadschikische Regime vermutlich ebenso gewaltsam vorgehen würde, wie es dies seit Ende des Bürgerkrieges \(1997\) wiederholt getan hat, um ihm unliebsame Entwicklungen zu bekämpfen und politische Konkurrenz auszuschalten.](http://</p>
</div>
<div data-bbox=)

In der Tat dürfte es vor allem an den Gewalterfahrungen der Vergangenheit liegen, dass sich die verbreitete Unzufriedenheit in Tadschikistan bisher kaum in Protesten artikuliert. Erstens ist auch ein Jahrzehnt nach dem Bürgerkrieg die Erinnerung an die damaligen Konfliktlinien sehr präsent. Die ethno-demographische Spaltung in die Bevölkerungsgruppen der Tadschiken und der Pamiri sowie die Fragmentierung in die damaligen Konfliktlager (mit ihren engen Bezügen zu den Gebieten Kuljab, Rascht oder Gorno-Badachschan) haben Brüche in der Gesellschaft hinterlassen, die unverändert für Proteste instrumentalisiert werden könnten. Zweitens wäre Gewalt als Mittel des Protests auch insofern naheliegend, als infolge des Bürgerkriegs trotz internationaler Initiativen zur Demobilisierung der Zugang zu Waffen nicht vollständig kontrolliert werden kann. Drittens legt der staatlich gelenkte Diskurs über den Islamismus in Tadschikistan Gewalt zur Bekämpfung politischen Widerstands nahe.

Der Konflikt zwischen der Zentralregierung und Anhängern ehemaliger Bürgerkriegskommandanten

<siteresources.worldbank.org/INTGENDER/Resources/336003-1250632365376/Tajikistan_AD_OI_.pdf>; zur Bedeutung hoher Ölpreise für die Heimatüberweisungen aus Russland nach Zentralasien vgl. Sanket Mohapatra/Dilip Ratha/Ani Silwal, *Outlook for Remittance Flows 2012–14*, Washington, D.C.: The World Bank, 1.12.2011 (Migration and Development Brief 17), <<http://siteresources.worldbank.org/TOPICS/Resources/214970-1288877981391/MigrationandDevelopmentBrief17.pdf>>.

⁴⁵ Vgl. Human Rights Watch, »Russia: Reported Roundup of Tajik Migrants«, 15.11.2011, <www.hrw.org/news/2011/11/15/russia-reported-roundup-tajik-migrants>.

im Rascht-Gebiet, die einen konservativen Islam pflegen und die Legitimität des säkularen Regimes in Duschanbe nicht anerkennen, zeigt, wie diese drei Faktoren zusammenwirken: Das Gebiet Rascht ist seit dem Ende des Bürgerkrieges Rückzugsgebiet von Gegnern des heutigen Präsidenten Rahmon. Zwar wurden nach dem Friedensabkommen von 1997 ehemalige Kommandanten mit staatlichen Posten bedacht und so zumindest formal in den Zentralstaat integriert. Doch wurde der Antagonismus zwischen Präsident Rahmon und seinen ehemaligen Gegnern, die in ihrem Herkunftsgebiet eine weitaus größere Autorität genießen als die Zentralregierung,⁴⁶ damit nicht beseitigt. Rahmon griff daher wiederholt zu repressiven Maßnahmen, um die Machtansprüche seiner Kontrahenten zurückzuweisen. Seit dem Jahr 2000 wurden viele der zuvor kooptierten ehemaligen Warlords verfolgt, verhaftet und getötet und ihr Vermögen konfisziert.⁴⁷ Auch die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und lokalen Milizen im Herbst 2010 sowie im Frühjahr 2011 in Rascht haben ihre Ursache in diesem chronischen Konflikt zwischen staatlichen und lokalen Eliten.⁴⁸

Obwohl sich die lokalen Widerstandsgruppen in Rascht selbst als »Kämpfer für die Sache des Islam« (*Mujahedin*) bezeichnen, gibt es keine überzeugenden Belege dafür, dass die bewaffneten Attacken der jüngsten Vergangenheit durch eine islamistische Agenda inspiriert gewesen wären oder gar einen Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus aus Afghanistan aufgewiesen hätten.⁴⁹ Allerdings bietet der islamistische Terrorismus mittlerweile ein willkommenes Sündenbock-Narrativ für die Regierungen Zentralasiens, mit dem sich staatliches Versagen bequem kaschieren und praktisch jede politische Entscheidung rechtfertigen lässt.⁵⁰ Auch das Regime in Duschanbe machte für die Gewalthandlungen

in Rascht den internationalen Terrorismus verantwortlich⁵¹ und initiierte eine Reihe von Maßnahmen, mit deren Hilfe islamische Religionsausübung und -bildung schärfer kontrolliert werden sollen. Die mit zwei Sitzen im Parlament vertretene »Partei der Islamischen Wiedergeburt«, die sich seit jeher um einen Ausgleich zwischen konservativen Strömungen des Islam und säkularen Kräften bemüht, sieht sich seit den Ereignissen des Herbstes 2010 zunehmenden staatlichen Repressalien ausgesetzt.⁵² Doch der Zustand des tadschikischen Bildungswesens ist desolat,⁵³ und es fehlt an bezahlbaren Bildungseinrichtungen in der Provinz; gleichzeitig wächst die Nachfrage nach islamischer Bildung, nicht zuletzt infolge der wirtschaftlichen und politischen Marginalisierung einzelner Regionen. Vor diesem Hintergrund ist das Risiko groß, dass die Kampagne der Regierung das Gegenteil dessen bewirkt, was sie zu verhindern sucht, und radikaleren islamischen Gruppen erst recht Zulauf verschaffen wird.⁵⁴

Die Taktik der Regierung, die Gefahr von Protest durch Verbote und Repressalien einzudämmen, verspricht zwar kurzfristige Erfolge, bietet aber keine Gewähr, dass sich der Unmut unter Teilen der Bevölkerung dauerhaft im Zaum halten lässt. Als Auslöser von Protesten käme (wie in Kirgistan) in Betracht, dass Arbeitsmigranten in Scharen nach Tadschikistan zurückkehren – sei es wegen einer sinkenden Nachfrage auf dem russischen Arbeitsmarkt, sei es aufgrund politischer Spannungen zwischen Tadschikistan und Russland. Auch ein weiteres Ansteigen der Lebensmittelpreise wäre als Auslöser von Protest denkbar.

Schon die Ausbreitung von Mobilfunk und Internet wird mittelfristig dazu führen, dass Kritik am Regime stärker vernetzt wird. Der liberalisierte Telekommuni-

46 Vgl. Sophie Roche, »Conflict in Tajikistan – Not Really about Radical Islam«, *Open Democracy*, 19.10.2010, <www.opendemocracy.net/print/56466>.

47 Zuletzt im November 2011; vgl. »Last Fugitive from Tajik Jailbreak Caught«, *RFE/RL*, 14.11.2011, <www.rferl.org/content/last_tajik_jailbreak_fugitive_captured/24390473.html>.

48 Vgl. John Heathershaw/Sophie Roche, »Tajikistan's Marginalised Youth«, *Open Democracy*, 20.10.2010, <www.opendemocracy.net/print/56478>; zur Chronologie der Ereignisse siehe ICG, *Tajikistan: The Changing Insurgent Threats*, 24.3.2011 (Asia Report Nr. 205).

49 Vgl. ebd.

50 So wie etwa im Zusammenhang mit der Gewalt gegen die Usbeken im kirgisischen Osch im Sommer 2010; vgl. Schmitz/Trevisani, *Neuanfang im Schatten der Krise* [wie Fn. 15].

51 Adressat ist hier nicht nur die tadschikische Bevölkerung, sondern zweifellos auch das internationale Umfeld: Der Verweis auf die Reizwortkombination »Islamismus–Sicherheit–Afghanistan« spielt zum einen auf Tadschikistans Rolle bei der Versorgung der Nato-Truppen in Afghanistan an und ist andererseits auch dazu gedacht, all jenen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die die repressive Politik der Regierung kritisieren.

52 Vgl. John Heathershaw/Sophie Roche, »A Recipe for Radicalisation: The Campaign against Islam in Tajikistan«, *Open Democracy*, 17.1.2011, <www.opendemocracy.net/print/57613>; Alexander Sodikov, »Tajik Authorities Impose Heavier Restrictions on Islamic Education«, in: *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 6.7.2011, <www.cacianalyst.org/?q=node/5590>.

53 Vgl. ICG, *Central Asia. Decay and Decline* [wie Fn. 7].

54 Heathershaw/Roche, »Tajikistan's Marginalised Youth« [wie Fn. 48].

kationsmarkt Tadschikistans sorgt für einen rasanten Ausbau auch neuester Technologien. Gegenwärtig betreibt das Land den Ausbau seines Glasfaserkabelnetzes mit geplantem Anschluss an die Netze Chinas und Kirgistans. Gleich vier Mobilfunkbetreiber konkurrieren in Tadschikistan um Marktanteile; inzwischen liegt die Netzabdeckung bei über 90 Prozent, außer mit dem GSM-Standard vermehrt auch mit moderneren Mobilfunkstandards wie UMTS.⁵⁵ Bereits 2010 besaßen mehr als 85 Prozent der tadschikischen Bevölkerung Mobiltelefone, und die Zahl der Internetnutzer wurde auf über 20 Prozent geschätzt.⁵⁶ Protest kann sich unter diesen Umständen grundsätzlich schnell ausbreiten. Das Potential verdeutlichte im April 2011 eine kleine Gruppe von Facebook-Nutzern, die sich zu einem sogenannten Flashmob in Duschanbe verabredeten, um gegen die schlechte Energieversorgung zu demonstrieren.⁵⁷

Wie bereits angesprochen, ist allerdings anzunehmen, dass die Regierung im Falle vermehrten Protests nicht auf Verhandlungen, sondern auf harte Repression setzen würde – so wie zuletzt im Februar 2011, als eine kleine Gruppe von Demonstranten gegen soziale Missstände auf dem Wohnungsmarkt protestierte:⁵⁸ 200 voll ausgerüstete Polizisten hielten die Gruppe in Schach. Diese Haltung des Regimes erhöht jedoch unweigerlich die Wahrscheinlichkeit gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Usbekistan

Usbekistan verdient aus zwei Gründen besondere Aufmerksamkeit: Zum einen weisen zahlreiche makroökonomische Faktoren ebenso wie die politischen Verhältnisse des Landes Parallelen mit einigen Revolutionsländern Nordafrikas auf. Zum anderen ist Usbekistan aufgrund seiner Größe und seiner geo-

graphischen Lage von entscheidender Bedeutung für die Sicherheitsarchitektur der gesamten Region. Ein gewaltsamer Konflikt, eine Revolte oder gar eine Revolution in Usbekistan hätten umgehend Auswirkungen auf die benachbarten Staaten, mit denen Usbekistan durch Minderheiten, Enklaven, strittige Grenzen, Migranten und Handelsbeziehungen – besonders im Ferghana-Tal – eng vernetzt ist.

2010 waren knapp 30 Prozent der mehr als 28 Millionen Einwohner Usbekistans jünger als 15 Jahre.⁵⁹ Obwohl das Land über große Vorkommen an Bodenschätzen verfügt und ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum von über 8 Prozent vorweisen kann, beträgt das usbekische BIP pro Kopf nur rund 3000 US-Dollar.⁶⁰ Bedeutendster Wirtschaftsbereich ist der Agrarsektor, vor allem der Baumwollanbau, der rund 11 Prozent zum BIP beiträgt. Nach Erdgas und Gold (Usbekistan besitzt die weltweit viertgrößten Goldvorkommen) ist Baumwolle drittgrößtes Exportgut.⁶¹

Der Reichtum des Landes ist extrem ungleich verteilt. Die steigenden Export-Erlöse⁶² kommen vor allem einer weitgehend geschlossenen Elite zugute, deren Loyalität gegenüber dem Regime des Präsidenten Islam Karimow sich der Einbindung in das staatliche Patronage-Netzwerk und den damit einhergehenden Chancen auf Selbstbereicherung verdankt.⁶³ Dagegen lebt ein großer Teil der usbekischen Bevölkerung in Armut oder am Rande des Existenzminimums. Möglicherweise weit über 70 Prozent der Bevölkerung⁶⁴ müssen mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag auskommen; nach Angaben des U.S. Department of State sind rund 8 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung erwerbslos und ein weiteres gutes Viertel unterbeschäftigt. Tatsächlich liegen die Zahlen wahrscheinlich noch weit höher.⁶⁵ Vor allem jene mehr als 60 Prozent der Gesamtbevölkerung, die auf dem Lande

55 Vgl. *Tajikistan Electronic Readiness Assessment*, Duschanbe: Public Fund ›Internet‹ Tajikistan, 2010, <www.cipi.tj/files/eReadines-full_En.pdf>.

56 Vgl. zu Mobilfunk: *Mobile Cellular Subscriptions, 2001–2010* [wie Fn. 11], zu Internetdurchdringung vgl. »V Tadžikistane 1,8 mln internet pol'sovatelej« [In Tadschikistan gibt es 1,8 Millionen Internetnutzer], *Toptj.com*, 14.11.2010, <www.toptj.com/News/2010/11/14/EE1AED13-4419-4563-814E-75E6CB9F5524>.

57 Vgl. »Flashmob in Dushanbe«, *Tethys*, 12.4.2011, <www.tethys.caoss.org/index.php/2011/04/12/flashmob-in-dushanbe>.

58 Vgl. »Egyptian Growling in Tajikistan«, *New Eurasia*, 24.2.2011, <www.neweurasia.net/politics-and-society/egyptian-growling-in-tajikistan/>.

59 Vgl. U.S. Census Bureau, *International Data Base: Uzbekistan*, <www.census.gov/population/international/data/idb/country.php>; siehe auch International Organization for Migration, <www.iom.int/jahia/Jahia/uzbekistan>.

60 Vgl. IMF, *World Economic Outlook Database*, September 2011 [wie Fn. 18].

61 Vgl. U.S. Department of State, *Background Note: Uzbekistan*, 20.6.2011, <www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2924.htm>.

62 Vgl. Germany Trade & Invest, *Wirtschaftsdaten kompakt: Usbekistan* (Mai 2011), <www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2009/05/pub200905148080_159890.pdf>.

63 Vgl. BTI 2010, *Uzbekistan Country Report*, S. 18f, <www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/CIS/Uzbekistan.pdf>.

64 Vgl. ebd., S. 2.

65 Vgl. ebd., S. 15.

und weitgehend von der Subsistenzwirtschaft leben, sind von Unterbeschäftigung und Armut⁶⁶ sowie von steigenden Preisen für Brennstoffe und wiederkehrenden Energieausfällen⁶⁷ betroffen, verschärfend kommt eine hohe Inflationsrate von über 9 Prozent hinzu.⁶⁸

Eine weitere Zunahme der sozialen Ungleichheiten droht früher oder später aufgrund der steigenden Preise und der sich zuspitzenden Lebensmittelknappheit. Obwohl die staatliche Agrarpolitik auf Selbstversorgung setzt, ist Usbekistan auf den Import von Grundnahrungsmitteln angewiesen und deshalb anfällig für Preisschocks. So benötigt das Land jährlich rund 4 Millionen Tonnen Weizen, um seine Bevölkerung zu versorgen; die heimische Produktion reicht jedoch nicht aus, um ausreichend Reserven zu bilden. Zudem können drastische Preissteigerungen (anders als etwa in Kasachstan oder Turkmenistan) in Usbekistan nicht durch dauerhafte Subventionierung aufgefangen werden, und auch Lohn- bzw. Rentenerhöhungen vermögen den anhaltenden Preisanstieg nicht auszugleichen.⁶⁹ Gleichzeitig wird die Bevölkerung des Landes bis zum Jahr 2025 auf über 33 Millionen anwachsen. Dies ist umso brisanter, als sich die Folgen des Klimawandels und der damit einhergehenden zunehmenden Wasserknappheit auf Usbekistan mit seiner bewässerungsintensiven Landwirtschaft besonders stark auswirken werden.⁷⁰ Ein anhaltender Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel sowie Lebensmittelknappheit und wachsende Erwerbslosigkeit erscheinen vor diesem Hintergrund unvermeidlich.⁷¹

⁶⁶ Vgl. U.S. Department of State, *Background Note: Uzbekistan*, 20.6.2011 [wie Fn. 61].

⁶⁷ Vgl. Erkin Akhmadov, »Risk of Social Unrest in Uzbekistan Due to Gas Shortages«, in: *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 16.11.2011, <www.cacianalyst.org/?q=node/5669>.

⁶⁸ Vgl. IMF, *World Economic Outlook Database*, September 2011 [wie Fn. 18].

⁶⁹ Vgl. Roman Muzalevsky, »Food Security Problems in Central Asia Challenge Local Regimes«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (15.3.2011) 51, <www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5btnews%5d=37650&cHash=e9a4fcfe227d393bef18b74675de0bfe>; »No Stabilization of Price Hike Seen in Uzbek Markets – Kazakh TV«, *BBC Monitoring Global Newline – Central Asia Political*, 20.8.2011.

⁷⁰ Vgl. Andrea Schmitz, »Amudarja und Syrdarja: Konfrontation statt Kooperation«, in: Stormy-Annika Mildner (Hg.), *Konflikttrisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2011 (SWP-Studie 5/2011), S. 34–43.

⁷¹ Vgl. »Uzbekistan Facing Food Shortages and Unemployment, Say Researchers«, *Uznews.net*, 23.11.11, <www.uznews.net/news_single.php?nid=18441>.

Diese Perspektivlosigkeit hat zu enormer Arbeitsmigration aus Usbekistan geführt. Es wird geschätzt,⁷² dass zwischen zwei und fünf Millionen Usbeken – und damit 10 bis 25 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes – im benachbarten Ausland beschäftigt sind, vor allem in Russland und Kasachstan.⁷³ Für die vielen Arbeitssuchenden in Usbekistan bietet die heimische Wirtschaft, die nach wie vor unterentwickelt ist und im Wesentlichen auf dem Export von Gold und Baumwolle fußt, kaum Karrierechancen. Ob jüngste Maßnahmen zur Entwicklung des privaten Unternehmertums die wachsende Jugendarbeitslosigkeit auffangen können, ist angesichts der hohen Zahl der jährlichen Schul- und Studienabgänger fraglich.⁷⁴ Auch die grassierende, alle Gesellschaftsbereiche durchdringende Korruption – mit Platz 177 von 183 im CPI rangiert Usbekistan unter den weltweit korruptesten Regimen⁷⁵ – und die fehlende Rechtssicherheit hemmen privates Unternehmertum.

Eine weitere Quelle latenter Konflikte ist die staatliche Monopolisierung der Religion, die keinen Raum für alternative Auslegungen des Islam lässt. Die repressive Religionspolitik des Regimes stellt die von der staatlichen Doktrin abweichenden Lehren unter den Generalverdacht des »Islamismus« und könnte so religiös-fundamentalistische Ideologien zu einem Katalysator sozialer Frustration werden lassen – auch wenn solche Ideologien in der religiösen Alltagspraxis bisher kaum eine Rolle zu spielen scheinen. Der Aufstand in Andischan vom Mai 2005⁷⁶ hat gezeigt, dass religiöse Überzeugungen in Kombination mit einer Verschlechterung der sozio-ökonomischen Lage sozialen Protest mobilisieren können.⁷⁷

⁷² Zur Migration ebenso wie zur tatsächlichen Dimension der Arbeitslosigkeit gibt es keine zuverlässigen Angaben.

⁷³ Vgl. Shohida Sarvarova/Kamilla Abdullaeva, *Uzbek Government in Denial on Migration*, IWPR, 24.9.2010 (Reporting Central Asia Nr. 629), <<http://iwpr.net/report-news/uzbek-government-denial-migration>>.

⁷⁴ Vgl. Shakar Saadi, »Uzbekistan Tries to Solve Youth Unemployment«, *Central Asia Online*, 14.9.2010, <http://centralasiaonline.com/en_GB/articles/caii/features/business/2010/09/14/feature-02>.

⁷⁵ Vgl. Transparency International, *Corruption Perceptions Index 2011* [wie Fn. 24].

⁷⁶ Vgl. Human Rights Watch, »Bullets Were Falling Like Rain«. The Andijan Massacre, May 13, 2005«, Juni 2005, Human Rights Watch, Vol. 17, No. 5(D), <www.hrw.org/sites/default/files/reports/uzbekistan0605.pdf>.

⁷⁷ Vgl. zur Rolle des politischen Islam bei den Ereignissen von Andischan: Emmanuel Karagiannis, *Political Islam in Central Asia. The Challenge of Hizb ut-Tahrir*, London/New York 2010 (Central Asian Studies Series).

Diese Gemengelage protestfördernder Faktoren trifft in den letzten Jahren mit einem enormen Bedeutungsgewinn des Internets zusammen, das mit Wachstumsraten von *monatlich* 2 bis 3 Prozent in Usbekistan immer populärer wird. Zudem verfügen inzwischen mehr als 75 Prozent der Landesbewohner über Mobiltelefone.⁷⁸ Allerdings hat es das usbekische Regime verstanden, die Fähigkeit zur Selbstorganisation innerhalb der Gesellschaft durch die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen in die staatlichen Strukturen systematisch zu untergraben und eine Atmosphäre von Passivität und Furcht zu erzeugen.⁷⁹ Das gilt auch für den virtuellen Raum: Mit der rechtlichen Gleichsetzung von Online- mit Printmedien und der Übertragung repressiver Zensurbestimmungen auf die virtuelle Welt werden unerwünschte Internetauftritte verhindert. Die Inhaber von Websites können für »mangelnde Objektivität« ihrer Inhalte haftbar gemacht werden, was – offensichtlich genau so gewollt – eine umfassende Selbstzensur zur Folge hat.⁸⁰ Darüber hinaus müssen alle Internetprovider ihren Zugang zu internationalen Netzen über den staatlichen Betreiber UzbekTelecom herstellen, der den Datenstrom zentral filtert. Etliche Seiten werden so für Nutzer in Usbekistan gesperrt, etwa kritische Informationsportale wie *uznews.net* und *ferghana.ru*, oder die Websites der BBC und von Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL).⁸¹ Der auf diese Weise abgeschirmte virtuelle Raum für Nutzer in Usbekistan wird als *UzNet* bezeichnet.

Unter dem Eindruck des Arabischen Frühlings sind die Kontrollen in Usbekistan noch einmal verschärft worden. Staatspräsident Karimow, der bei den Revolten in Nordafrika ein Komplott »externer Kräfte« am Werke sieht,⁸² verpflichtete alle usbekischen Mobilfunk- und Internetprovider, »verdächtige« SMS oder

E-Mails den staatlichen Stellen zu melden und auf deren Anweisung gegebenenfalls ihre Serviceleistungen einzustellen.⁸³ Zahlreiche Websites wie Facebook, Twitter oder der Blog-Hoster *Live Journal* wurden zeitweise blockiert und der Zugang zum Internet generell erschwert, etwa durch eine Drosselung der Übertragungsraten.⁸⁴ Schließlich richtete die Regierung im August 2011 ein eigenes soziales Online-Netzwerk unter dem Namen *Muloqot* (»Dialog«) ein, das sich als Alternative zu den im Land populären Netzwerken *Odnoklassniki* und Facebook etablieren soll. Eine Registrierung bei *Muloqot* verlangt die Angabe einer Mobilfunknummer, die in Usbekistan nur erhält, wer seine Ausweisdaten hinterlegt. Damit ist eine umfassende staatliche Kontrolle über die Nutzer dieses neuen Mediums garantiert.⁸⁵ Kritiker befürchten, dass die Einführung von *Muloqot* der erste Schritt auf dem Weg zu einem generellen Facebook-Verbot in Usbekistan sein könnte.⁸⁶

Ungeachtet dieser neuen Zensurmaßnahmen finden elektronische Kommunikationsmedien im Land immer größere Verbreitung. Dadurch wachsen die Möglichkeiten, sich gesellschaftlich stärker zu vernetzen – und damit die Chancen, etwaige Kritik zu koordinieren. Auch angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten sowie nicht zuletzt auch des in der Vergangenheit sporadisch aufgetretenen Widerstands islamistischer Gruppen gegen das Regime⁸⁷ muss das Protestpotential in Usbekistan daher als hoch eingeschätzt werden. Allerdings verfügt das stark zentralisierte und autoritäre Regime des Präsidenten Karimow über beträchtliche Kapazitäten zur Repression. Das Massaker in Andischan vom Mai 2005 hat verdeutlicht, dass das Regime nicht davor zurückscheut, unliebsame öffentliche Willensbekun-

⁷⁸ Vgl. Reporters Without Borders, *Internet Enemies – Usbekistan*, 2011, <http://en.rsf.org/internet-enemie-uzbekistan_39765.html>; zu Mobilfunk vgl. *Mobile Cellular Subscriptions, 2001–2010* [wie Fn. 11].

⁷⁹ Vgl. BTI 2010, *Uzbekistan Country Report* [wie Fn. 63], S. 10, 17.

⁸⁰ Vgl. *Central Asia: Censorship and Control of the Internet and Other New Media*, Briefing paper by International Partnership for Human Rights et al., November 2011, S. 14, <www.chrono-tm.org/en/wp-content/uploads/ENG-internet-briefing-paper-Nov-2011.pdf>.

⁸¹ Vgl. Reporters Without Borders, *Enemies of the Internet. Countries under Surveillance*, 2010, S. 34, <http://en.rsf.org/IMG/pdf/Internet_enemies.pdf>.

⁸² Vgl. »Uzbek President Says ›Foreign Powers‹ behind Arab Uprisings«, *RFE/RL*, 11.5.2011, <www.rferl.org/content/uzbek-president-says-foreign-powers-behind-arab-uprisings/24097499.html>.

⁸³ Vgl. »Three Blind Mice in Central Asia«, *NewEurasia*, 20.3.2011, <www.neweurasia.net/politics-and-society/three-blind-mice-in-central-asia>.

⁸⁴ Vgl. Stephen Blank, »Russia and Central Asia Fight the Arab Revolutions«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 13 (6.7.2011) 13, S. 6–8, <www.silkroadstudies.org/new/docs/publications/110706analyst.pdf>; »Dozens of Websites in Uzbekistan Suffer Access Problems«, *RFE/RL*, 12.8.2011, <www.rferl.org/content/dozens_of_websites_in_uzbekistan_experience_access_problems/24295316.html>.

⁸⁵ Vgl. *Central Asia: Censorship and Control of the Internet and Other New Media* [wie Fn. 80], S. 14f.

⁸⁶ Vgl. »Uzbekistan Launches Its Own Facebook, Except It's Not for Everyone«, *RFE/RL*, 26.8.2011, <www.rferl.org/content/uzbekistan_launches_its_own_facebook_except_its_not_for_everyone/24308909.html>.

⁸⁷ Vgl. Vitalii Naumkin, *Radical Islam in Central Asia: Between Pen and Rifle*, Lanham 2005.

dungen auch mit militärischen Mitteln zu unterbinden. Wo immer sich dezidiert politischer Protest erhebt, muss daher mit einer Eskalation bis hin zu extremer staatlicher Gewaltanwendung gerechnet werden, die über repressive, aber dezentralisierte Polizeieinsätze (wie etwa in Ägypten) hinausgeht.

Zudem kann mit Blick auf die sozio-ökonomische und kulturelle Zweiteilung des Landes davon ausgegangen werden, dass sich Widerstand gegen das Regime eher im abgelegenen Ferghana-Tal als in der Hauptstadt Taschkent formieren würde. Einer Entwicklung in Richtung verstärkter Repression und Gewalt mit der Gefahr eines Übergreifens auf die Nachbarstaaten wird mit dieser möglichen örtlichen Gebundenheit von Protest in dem Dreiländereck Vorschub geleistet.

Insgesamt bietet die Kombination aus wirtschaftlicher Instabilität, gravierenden sozio-ökonomischen Problemen sowie politischer und religiöser Repression ein hohes Konfliktpotential. In Anbetracht der demographischen Entwicklung steht zu erwarten, dass dieses Potential noch anwachsen wird. Gelingt es dem Regime nicht, durch Anpassungen seiner Politik die sozio-ökonomischen Asymmetrien auszugleichen, ist zumindest mittelfristig mit – wenngleich wahrscheinlich lokal gebundenen – Protesten zu rechnen. Auch die bislang nicht geregelte Frage, wer Präsident Karimow nachfolgen wird, sowie Verteilungskämpfe zwischen den etablierten strategischen Gruppen innerhalb der Elite⁸⁸ könnten zur Kanalisierung von Frustration in Form organisierter Proteste genutzt werden. Die spätestens seit den traumatischen Erfahrungen von Andischan klar drohende Gefahr von Repression und Gewalt seitens des Staates macht eine Revolte oder gar Revolution in Usbekistan auf absehbare Zeit unwahrscheinlich.

Turkmenistan

Turkmenistans Selbstisolierung, mit der eine rigide Informationskontrolle einhergeht, erschwert eine systematische Analyse und Einschätzung möglicher Protestszenarien. Der turkmenische Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow ist mit praktisch unbeschränkten Vollmachten ausgestattet; sein Land verfügt über die weltweit viertgrößten Erdgasvorkom-

⁸⁸ Vgl. Alisher Ilkhamov, »Islam Karimow – Der ewige Präsident? Perspektiven eines Führungswechsels in Usbekistan«, in: *Zentralasien-Analysen*, (28.1.2011) 37, S. 2–5.

men, die 90 Prozent der staatlichen Exporteinkünfte generieren und für ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum sorgen.⁸⁹ Dies schlägt sich auch im BIP nieder, das auf bis zu 6800 US-Dollar pro Kopf geschätzt wird.⁹⁰

Allerdings ist von einem enormen Einkommensgefälle zwischen einer kleinen staatlichen Elite und dem Gros der Bevölkerung auszugehen: Rund die Hälfte der Turkmenen hat weniger als 2 US-Dollar pro Tag zur Verfügung.⁹¹ Gut die Hälfte der Gesamtbevölkerung lebt auf dem Lande und weitgehend von Subsistenzwirtschaft. Die landwirtschaftliche Produktion – der Anbau von Baumwolle sowie in geringerem Umfang von Weizen und Reis – unterliegt strengen staatlichen Auflagen und bietet nur wenig Anreize für eine effizientere Landbestellung. Der Agrarsektor trägt daher auch nur 11 Prozent zum BIP bei.⁹² Dieses wird vor allem im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, der wie alle anderen Wirtschaftszweige staatlicher Kontrolle untersteht. Handel und Gewerbe, Telekommunikation, Transport und Bankwesen generieren knapp die Hälfte des BIP; 38 Prozent der Beschäftigten sind in diesen Branchen tätig – und damit unmittelbar ins staatliche Patronagesystem integriert.⁹³

Trotz einiger Liberalisierungsmaßnahmen macht der private Sektor nur rund 2 Prozent der Wirtschaft in Turkmenistan aus, der niedrigste Wert in der Region.⁹⁴ Dies schlägt sich auch in den Arbeitslosenzahlen nieder: Nach Schätzungen des US-Außenministeriums sind 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung Turkmenistans arbeitslos bzw. unterbeschäftigt.⁹⁵ Davon sind besonders die 15- bis 24-Jährigen betroffen, die

⁸⁹ Der Internationale Währungsfonds nimmt für 2011 ein reales BIP-Wachstum von fast 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an; vgl. IMF, *World Economic Outlook Database*, September 2011 [wie Fn. 18]. Bei den makroökonomischen und sonstigen statistischen Daten handelt es sich in der Regel um Schätzungen, da die offiziellen Angaben lückenhaft sind und als unzuverlässig gelten; vgl. etwa Economist Intelligence Unit (EIU), *Country Report Turkmenistan*, Oktober 2011, passim.

⁹⁰ Vgl. IMF, *World Economic Outlook Database*, September 2011 [wie Fn. 18].

⁹¹ Vgl. BTI 2010, *Turkmenistan Country Report*, <www.bertelsmann-transformation-index.de/149.0.html?L=1>.

⁹² Vgl. UNDP Turkmenistan, *Concept Note Rural Development in Turkmenistan for 2010–2015*, 29.1.2010, <www.undptkm.org/files/vacancy/040610_CN_en.pdf>.

⁹³ Vgl. Economy Watch, *Turkmenistan Economy*, 30.6.2010, <www.economywatch.com/world_economy/turkmenistan>.

⁹⁴ Vgl. UNDP Turkmenistan, *Concept Note Rural Development in Turkmenistan for 2010–2015* [wie Fn. 92].

⁹⁵ Vgl. U.S. Department of State, *Background Note: Turkmenistan*, 31.10.2010, <www.state.gov/r/pa/ei/bgn/35884.htm>.

nach Angaben des US-Volkszählungsbüros (U.S. Census Bureau) mehr als ein Fünftel der Bevölkerung stellen.⁹⁶ Die fehlenden Einkommensmöglichkeiten werden jedoch kompensiert durch die staatliche Subventionierung von Energie, Brennstoffen und Grundnahrungsmitteln (wie Brot, Salz und Wasser) sowie durch Preiskontrollen.⁹⁷

Es ist offenkundig, dass in Turkmenistan mit seiner jungen Bevölkerung eine um ihre Chancen betrogene Generation heranwächst. Zu diesem Eindruck tragen mehrere Faktoren bei: die hohe Jugendarbeitslosigkeit, das unter dem vorhergehenden Präsidenten Saparmyrat Nijasow ruinierte Gesundheitssystem sowie eine ideologisch motivierte Beschneidung von Bildungschancen, die sich in unzeitgemäßen Curricula und dem mangelnden Zugang zu unabhängigen Informationsquellen manifestiert.⁹⁸ Weitere Quellen latenter Konflikte sind der ausgeprägte Gegensatz zwischen der Hauptstadt Ashgabat und den ländlichen Provinzen sowie die Bevorzugung von Angehörigen des Stamms der *Ahal Teke* in der staatlichen Personalpolitik.⁹⁹

Allerdings hat die Sowjetzeit tiefe Spuren im ethno-sozialen Gefüge hinterlassen. Das sowjetische Erbe in Zentralasien ist nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet, dass die Einführung sozialistischer Planwirtschaft und organisatorischer Verwaltungshierarchie vor-moderne Stammesloyalitäten und andere traditionelle gesellschaftliche Differenzierungsmuster verdrängte und sich in der Bevölkerung Erwartungen ausbildeten, dass der Zentralstaat öffentliche Dienstleistungen bereitstellt. Auf diesem Nährboden konnten die forcierte Propagierung einer »turkmenischen« nationalen Identität und der Persönlichkeitskult Nijasows, der von seinem Nachfolger unter neuen Vorzeichen fortgeführt wird,¹⁰⁰ nachhaltige Wirkung entfalten.

Die Kontrolle durch das Regime ist allumfassend. Die Erfahrung von Machtmissbrauch und Korruption gehört für die turkmenische Bevölkerung zum Alltag,¹⁰¹ ebenso die systematische Missachtung der Menschen- und Bürgerrechte.¹⁰² Zu diesem Zweck unterhält das Regime einen repressiven Sicherheitsapparat. Maßgeblicher Akteur ist der Geheimdienst, dessen Machtfülle durch regelmäßige Rotationen von Kadern und durch ein interministerielles System von *checks and balances* eingehegt wird.¹⁰³ Die Allgegenwart des Geheimdienstes ermöglicht eine flächen-deckende Überwachung des öffentlichen Raums. Dies beschränkt nicht zuletzt auch die Bedeutung neuer Kommunikationstechnologien. Die Datenströme im *Turkmenet*, dem virtuellen Raum in Turkmenistan, laufen über einen zentralen Knotenpunkt des Monopolbetreibers TurkmenTelecom, der den Zugang zum globalen Netz zensiert. Exorbitante Preise für einen privaten Internetzugang¹⁰⁴ beschränken die Nutzung des Internets im Land auf eine verschwindende Minderheit. Öffentliche Internetcafés bieten keine Alternative, da Besucher dort ihre Ausweise vorzeigen müssen und außerdem sämtliche Aktivitäten aufgezeichnet werden. Infolge dieser Kontrollen wird der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zum Internet auf bescheidene 1,6 Prozent geschätzt.¹⁰⁵ Auf dem Mobilfunkmarkt suspendierte die Regierung im Dezember 2010 die Lizenz des russischen Marktführers MTS, der rund 80 Prozent der Marktanteile hielt, und machte den staatlich kontrollierten turkmenischen Betreiber *Altyn Azyr* zum Monopolisten.¹⁰⁶

Im Zuge des Arabischen Frühlings ordnete das Regime in Ashgabat die Rückkehr der im Ausland studierenden Turkmenen an. Mit der Begründung,

101 Im CPI belegt Turkmenistan Platz 177 (von 183); vgl. Transparency International, *Corruption Perceptions Index 2011* [wie Fn. 24]. Entsprechende Erfahrungen sind aufgrund einer omnipräsenten Zensur ansonsten nur anekdotisch, in Form von Erzählungen einzelner Informanten belegbar.

102 Vgl. Human Rights Watch, *World Report 2011: Turkmenistan*, <www.hrw.org/world-report-2011/turkmenistan>.

103 Vgl. zuletzt »Prezident Turkmenii naznačil novogo ministra nacional'noj bezopasnosti« [Der Präsident Turkmenistans ernannte einen neuen Minister für Nationale Sicherheit], *IA Regnum*, 30.3.2011, <www.regnum.su/news/1389096.html>.

104 Eine 64 kb/s ADSL-Flatrate kostet 159 Euro im Monat, für 2048 kb/s sind 5189 Euro monatlich zu bezahlen (Stand Februar 2012); vgl. die Tarife auf der Website des Anbieters, <www.online.tm/content/тарифы>.

105 Vgl. *Central Asia: Censorship and Control of the Internet* [wie Fn. 80], S. 11–13.

106 Vgl. ebd., S. 11f.

96 Vgl. Datenbank des U.S. Census Bureau, <www.census.gov/population/international/data/idb/country.php>, sowie UNICEF, *Country Profile Education in Turkmenistan*, <www.unicef.org/ceecis/Turkmenistan.pdf>.

97 Vgl. BTI 2010, *Turkmenistan Country Report* [wie Fn. 91], S. 14; EIU, *Country Report Turkmenistan* [wie Fn. 89], S. 20.

98 Vgl. ICG, *Central Asia. Decay and Decline* [wie Fn. 7].

99 Vgl. Slavomír Horák, »Changes in the Political Elite in Post-Soviet Turkmenistan«, in: *China and Eurasia Forum Quarterly*, 8 (2010) 3, S. 27–46.

100 Vgl. Jan Šír, »Cult of Personality in Monumental Art and Architecture: The Case of Post-Soviet Turkmenistan«, in: *Acta Slavica Iaponica*, 25 (2008), S. 203–220; »Another Personality Cult Blossoms in Turkmenistan«, *EurasiaNet*, 20.12.2010, <www.eurasianet.org/node/62605>.

Studenten seien bei Besuchen pornographischer Websites ertappt worden, verbannte das Regime schließlich auch alle Laptops aus den Studentenwohnheimen.¹⁰⁷ Dass diese kommunikationstechnische Abschottung vor Irritationen nicht schützt, zeigten die Folgen der Explosion eines Munitionsdepots in der Kleinstadt Abadan:¹⁰⁸ Von Bewohnern gefertigte Videoaufnahmen fanden ihren Weg aus der Stadt und ermöglichten der von der Menschenrechtsorganisation Turkmen Initiative for Human Rights betriebenen Website »Chronicles of Turkmenistan« eine Reportage-Serie über die Ereignisse. Das Regime reagierte jedoch schnell: Im Juli 2011 wurde die Website zum Ziel einer – vermutlich vom turkmenischen Geheimdienst ausgehenden – Cyberattacke; die Seite wurde dabei zerstört und musste in einem anderen Format neu aufgebaut werden.¹⁰⁹

Die Möglichkeiten, Protest als globales Phänomen wahrzunehmen oder gar die Artikulation und Sammlung von Protest zu erproben, sind in Turkmenistan angesichts der extremen Beschneidung des öffentlichen Raumes äußerst begrenzt. Darüber hinaus fehlt in Turkmenistan die Erfahrung einer Erschöpfung am gegenwärtigen Regime. Mit Berdimuhamedow steht ein Präsident an der Staatsspitze, der erst seit fünf Jahren regiert, den Kult um die Person seines Vorgängers demontierte und durch die Selbstinszenierung als moderater Reformers ersetzte. Das Feindbild eines seit mehreren Jahrzehnten herrschenden Despoten, das die Proteste in den Ländern des Arabischen Frühlings befeuerte, gibt es in Turkmenistan nicht.

Vor diesem Hintergrund sind eine Revolte oder gar Massenproteste ausgesprochen unwahrscheinlich. Unter den gegebenen Bedingungen kann Dissens allenfalls lokal artikuliert werden, indem gegen extreme Auswüchse von Misswirtschaft und Machtmissbrauch protestiert wird. In diesem Fall würde das Regime versuchen, eine effektivere Befriedigung materieller Bedürfnisse mit verstärkter Repression zu kombinieren.

107 Vgl. »Turkmenistan Cracks Down on Youth as Revolutions Continue Abroad«, *neweurasia.net*, 18.3.2011, <www.neweurasia.net/media-and-internet/turkmenistan-cracks-down-on-youth-as-revolutions-continue-abroad/>.

108 Vgl. Catherine A. Fitzpatrick, »Turkmenistan: Human Rights Activists Say Death Toll Climbing from Explosion«, *EurasiaNet*, 13.7.2011, <www.eurasianet.org/node/63870>.

109 Vgl. *Central Asia: Censorship and Control of the Internet* [wie Fn. 80], S. 11f.

Kasachstan

In Kasachstan ist politischer Protest eine etablierte Form der öffentlichen Artikulation von Widerspruch. Hierin ähnelt das Land Kirgistan; anders als dort ist in Kasachstan Protest aber stets episodenhaft und lokal begrenzt geblieben. Dies liegt zum einen an der schieren Ausdehnung des Landes: Die großen Entfernungen und ausgeprägte regionale Unterschiede machen eine Vernetzung von Protest praktisch unmöglich. Zum anderen ist es der staatlichen Politik bisher gelungen, bestehende Asymmetrien der sozialen Teilhabe so auszubalancieren, dass Konflikte weitgehend latent blieben.

Die entscheidende Grundlage dafür lieferte die wirtschaftliche Erfolgsbilanz des Landes: Die Kombination aus wirtschaftlicher Liberalisierung, Modernisierung und staatlicher Planung ermöglichte es, die durch den Erdölreichtum des Landes generierten Einkünfte für die schrittweise Anhebung des Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung zu nutzen.¹¹⁰ Bei einem durchschnittlichen BIP von rund 12 000 US-Dollar pro Einwohner¹¹¹ und einem anhaltenden Wachstum – dank steigender Preise für die Hauptexportgüter Erdöl und Metalle sowie einer massiven staatlichen Förderung des verarbeitenden Sektors¹¹² – erleben weite Teile der Bevölkerung die letzten Jahre als eine persönliche Erfolgsgeschichte. Wachsende Bildungsausgaben¹¹³ und Freizügigkeit bei Reisen ins Ausland verheißen besonders der jungen Generation Aufstiegschancen im gegenwärtigen System, die zumindest teilweise auch genutzt werden können. Auch die Jugendarbeitslosigkeit von offiziell nur 3,4 Prozent¹¹⁴ bietet kaum Anlass für Kritik an den

110 Vgl. Andrea Schmitz, *Kasachstan: neue Führungsmacht im postsowjetischen Raum?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2009 (SWP-Studie 7/2009), S. 7f, 11f.

111 Vgl. IMF, *World Economic Outlook Database*, September 2011 [wie Fn. 18].

112 Vgl. Germany Trade & Invest, *Wirtschaftstrends Kasachstan Jahreswechsel 2010/11* (März 2011), S. 1, <https://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_8835.pdf?show=true>.

113 Der Anteil der Bildungsausgaben am Haushalt für 2011 betrug 17,6 Prozent, was einen Anstieg um 17,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet; vgl. EIU, *Country Profile Kazakhstan*, Dezember 2011, S. 14.

114 Die Angabe bezieht sich auf das Jahr 2009; vgl. »Rate of Youth Unemployment Decreased 3 Times during Four Years«, *Kazinform*, 3.2.2010, <<http://kazinform.kz/eng/article/2234688>>; insgesamt betrug die Arbeitslosenrate im selben Jahr 6,6 Prozent; vgl. Agenstvo Respubliki Kazachstana po Statistike, *Regiony Kazachstana v 2009 godu. Statističeskij Sbornik* [Agentur für Statistik der Republik Kasachstan, *Die Regionen Kasachstans 2009. Statistischer Sammelband*], Astana 2010, S. 398,

Herrschaftsverhältnissen, im Gegenteil: Die Präsidentschaftswahlen vom April 2011 haben gezeigt, dass das Regime von Präsident Nasarbajew breite Zustimmung in der Bevölkerung genießt.¹¹⁵

Die Selbstbereicherung der politischen Elite, allen voran der Familie des Präsidenten, scheint dieser grundsätzlichen Zustimmung keinen Abbruch zu tun. Dies ist nicht zuletzt der Kunstfertigkeit geschuldet, mit der internationale Kritik am Herrschaftsstil Nasarbajews innenpolitisch als »konstruktiver Dialog« präsentiert wird.¹¹⁶ Die auf allen Ebenen von Politik und Wirtschaft um sich greifende Korruption¹¹⁷ bietet ebenso wenig Anlass zu öffentlichem Protest wie die offenkundige Instrumentalisierung von Parlament und Wahlen durch die Exekutive.¹¹⁸ Diese und andere Anzeichen einer sich verstetigenden autoritären Herrschaft werden im nationalen Erfolgsnarrativ als bloße »Konstruktionsfehler« ausgewiesen, die in naher Zukunft behoben würden.

Vor diesem Hintergrund scheint sich auch die beeindruckende Verbreitung von Internet und Mobiltelefonie – 2010 hatten 35 Prozent der Bevölkerung Internetzugang, und auf 100 Einwohner kamen 120 Mobiltelefone – nicht in verstärkter Kritik an den herrschenden Verhältnissen niederzuschlagen.¹¹⁹ Das Regime Nasarbajews sichert diesen Zustand ab, indem es Kontrollmaßnahmen ausbaut: Der Staatskonzern Kazakhtelecom beherrscht den Markt für Internet und Mobilfunk und ermöglicht regelmäßig die Blockade unerwünschter Websites wie *respublika-kaz.info* oder *kplus-tv.net*, auf denen sich regimekritische Kommen-

tare finden. Andere Anbieter sind verpflichtet, nach Maßgabe des russischen Sicherheitsstandards SORM-II-Geräte zu installieren, die dem kasachischen Geheimdienst den Zugriff auf die Zeiten von Internetnutzungen, auf IP-Adressen und auf Angaben zum Datentransfer ermöglicht. Um die Kontrolle über den virtuellen Raum weiter zu verstärken, verfügte Kasachstan im September 2010 per Dekret, dass alle Inhaber von Domains innerhalb der Top-Level-Domain *.kz* ihren Datenverkehr über Server im Land leiten müssen. Hinter dieser Maßnahme vermutet man die Absicht, zum einen kasachische Provider zu fördern und zum anderen eine neue Kontrollmöglichkeit durch den physikalischen Zugriff auf Hardware zu schaffen.¹²⁰

Auf die Ereignisse des Arabischen Frühlings in Tunis und Kairo reagierte Kasachstan wie seine Nachbarstaaten mit einer Verschärfung der Internetzensur. Mehrere Online-Medien wurden zeitweise blockiert, darunter RFE/RL, die russische Website der BBC sowie lokale kasachische Oppositionsmedien. Gleichzeitig bemühten sich Parlamentsabgeordnete bereits Anfang Februar 2011, neue Regeln für eine Überwachung des Internets in Kasachstan aufzustellen.¹²¹ Im nationalen Sicherheitsrat, der bereits 125 Websites wegen »extremistischen Inhalts« hat sperren lassen, wird darüber hinaus seit November 2011 die Blockade von weiteren 168 Internetseiten angestrengt. Die Sperrung des Blog-Hosters *Live Journal* machte dabei deutlich, dass die Aktion letztlich darauf abzielen dürfte, die Äußerung von Kritik im Land weiter zu erschweren.¹²²

Dass dies auf Dauer gelingen kann, muss jedoch bezweifelt werden. Denn Protestpotential gibt es in Kasachstan durchaus. Zwar wachsen das monatliche Pro-Kopf-Einkommen und die Durchschnittslöhne kontinuierlich, doch die Kluft zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen ist beträchtlich. Einer geringen Zahl von Großverdienern steht eine große Zahl von Niedrigverdienern gegenüber: Rund 10 Prozent der Bevölkerung müssen mit weniger als dem nationalen Existenzminimum auskommen, das 2010 bei 92 US-Dollar monatlich oder nur knapp darüber

zugänglich über <www.stat.kz/publishing/Pages/sborniki_2010.aspx>.

115 Vgl. Ellen Barry, »Nazarbayev Wins Landslide Victory in Kazakhstan«, in: *Herald Tribune*, 5.4.2011, <www.heraldtribune.com/article/20110405/ZNYT03/104053001>.

116 Vgl. Andrea Schmitz/Esther Somfalvy, *Falsche Erwartungen. Die innenpolitische Dimension des kasachischen OSZE-Vorsitzes*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2011 (SWP-Aktuell 9/2011).

117 Vgl. Germany Trade & Invest, *Wirtschaftstrends Kasachstan Jahreswechsel 2010/11* [wie Fn. 112], S. 7. Im CPI zählt auch Kasachstan mit Platz 120 (von 183) zu den als stark korrupt eingestuften Ländern; vgl. Transparency International, *Corruption Perceptions Index 2011* [wie Fn. 24].

118 So wie zuletzt die Auflösung des Einparteiensparlaments zum Zwecke der Anberaumung vorgezogener Parlamentswahlen; vgl. Georgiy Voloshin, »President Nazarbayev Dissolves Parliament's Lower Chamber«, *Central Asia-Caucasus Analyst*, 16.11.2011, <www.cacianalyst.org/?q=node/5668>.

119 Vgl. *Central Asia: Censorship and Control of the Internet* [wie Fn. 80], S. 7ff; zu Mobilfunk vgl. *Mobile Cellular Subscriptions, 2001–2010* [wie Fn. 11].

120 Vgl. *Central Asia: Censorship and Control of the Internet* [wie Fn. 80], S. 7ff.

121 Vgl. »Ahead of Elections, Kazakhstan Blocks Websites«, RFE/RL, 2.3.2011, <www.rferl.org/content/ahead_of_elections_kazakhstan_blocks_websites/2325983.html>; und *Tough Times for Kazak Media Freedom*, IWPR, 9.12.2011 (Reporting Central Asia Nr. 664), <<http://iwpr.net/report-news/tough-times-kazak-media-freedom>>.

122 Vgl. *Central Asia: Censorship and Control of the Internet* [wie Fn. 80], S. 8.

lag.¹²³ Protestpotential ergibt sich weniger aus dieser Asymmetrie als solcher als vielmehr aus der ausgeprägten regionalen Einkommensungleichheit: Im ölfreudigen Westen des Landes ist das Durchschnittseinkommen zwar fast drei Mal so hoch wie im agrarischen Süden, doch weist die westliche Peripherie zugleich besonders hohe Armutsraten auf: So lebt nahezu ein Viertel (22,6 Prozent) der Einwohner im Gebiet Mangystau (Hauptstadt Aktau) unter dem Existenzminimum.¹²⁴ Dies wiegt umso schwerer, als in diesem Teil Kasachstans die Preise für Güter des täglichen Bedarfs besonders hoch sind, da Landwirtschaft dort kaum betrieben werden kann und die Infrastruktur ungeachtet des Ölbooms besonders unterentwickelt ist.¹²⁵

Dieses Ungleichgewicht bei der Verteilung des Reichtums wurde verstärkt durch den demographischen Wandel, der einhergehend mit dem Zuzug zahlreicher Arbeitsmigranten¹²⁶ und der Ansiedlung von Rückkehrern der kasachischen Diaspora (in Kasachstan offiziell als *oralman* bezeichnet), deren Repatriierung seit den neunziger Jahren gefördert wurde, um das aufgrund der Abwanderung ethnischer Russen und Deutscher sowie aufgrund sinkender Geburtenzahlen rückläufige Bevölkerungswachstum aufzufangen.¹²⁷ In Westkasachstan gestaltet sich die Integration der Auslands-Kasachen, die dort vor allem aus Usbekistan und Turkmenistan stammen, außer-

ordentlich schwierig: Die meisten von ihnen sprechen kein Russisch und nur schlecht Kasachisch, so dass viele von ihnen keine Arbeit finden. Sie werden deshalb von den Einheimischen als Last wahrgenommen, die ihnen die staatliche Politik aufbürdet, ohne zugleich genug für die Entwicklung der Region zu tun.¹²⁸ Dies sorgt für wachsende Empörung bei der lokalen Bevölkerung Westkasachstans, zum einen weil die mit der Erdölförderung erzielten Einkünfte aus der Region abfließen, statt dort zu einer Hebung des Wohlstands beizutragen, zum anderen weil die in der Ölindustrie beschäftigten ausländischen Fachkräfte deutlich höhere Löhne erhalten als die einheimischen.

Die nur bedingte Teilhabe eines wachsenden Teils der Bevölkerung Westkasachstans am wirtschaftlichen Erfolg des Landes hat – von der in- und ausländischen Öffentlichkeit zunächst fast unbemerkt¹²⁹ – im Mai 2011 zu Arbeitskämpfen in der Erdölförderindustrie Mangystaus geführt. Gemessen an der Zahl der Beteiligten (genannt wurden bis zu 12 000) und der Dauer der Streiks stellten sie ein Novum in der Geschichte des unabhängigen Kasachstan dar. Die Arbeitsniederlegungen begannen Anfang Mai 2011 in einem Erdölförderunternehmen, das die staatliche kasachische Öl- und Gasgesellschaft KazMunaiGaz und die chinesische Erdölgesellschaft CNPC gemeinsam betreiben, und weiteten sich im Laufe des Monats auf ein kasachisch-italienisches Joint Venture sowie eine Tochtergesellschaft von KazMunaiGaz aus. Anlass für die Streiks waren Forderungen nach einer Angleichung der Löhne an die der Beschäftigten in anderen Förderunternehmen sowie an die im Allgemeinen erheblich besser bezahlten ausländischen Fachkräfte, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften.¹³⁰

Das Management der betroffenen Unternehmen, das Forderungen nach höheren Löhnen mit dem Ver-

123 Vgl. Germany Trade & Invest, *Wirtschaftstrends Kasachstan Jahreswechsel 2010/11* [wie Fn. 112], S. 9; vgl. auch BTI 2010, *Kazakhstan Country Report*, S. 2, <www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/CIS/Kazakhstan.pdf>; demzufolge haben über 17 Prozent der Bevölkerung weniger als zwei US-Dollar pro Tag zur Verfügung.

124 Vgl. Agenstvo Respubliki Kazachstana po Statistike, *Regiony Kazachstan v 2009 godu* [wie Fn. 114], S. 131.

125 Vgl. United Nations Environment Programme (UNEP) et al., *Environment and Security. Transforming Risks into Cooperation. The Case of the Eastern Caspian Region*, 2008, bes. S. 34ff, <www.grida.no/files/publications/envsec/envsec-caspian2-eng_scr.pdf>.

126 Im Land arbeiten hunderttausende Gastarbeiter aus den benachbarten Republiken; im Jahr 2009 waren über eine Million Gastarbeiter registriert, die Mehrzahl davon aus Russland und Usbekistan; vgl. Ajman, Žusupov, »Nužny li gast-arbajtery Kazachstanu?« [»Braucht Kasachstan Gastarbeiter?«], *Kvorum.kz*, 21.10.2010, <<http://quorum.kz/archive/1897/>>.

127 Rund 1 Million Auslands-Kasachen wurden seit Anfang der neunziger Jahre repatriiert. Ein großer Teil von ihnen, darunter vor allem Kasachen aus Usbekistan und Turkmenistan, wurde im dünn besiedelten Gebiet Mangystau angesiedelt; vgl. UNDP Kazakhstan, *Status of Oralman in Kazakhstan*, Almaty 2006, S. 14, <www.undp.kz/library_of_publications/files/6838-29587.pdf>.

128 Vgl. ebd., S. 15f; Gulmira Kamziyeva, »Astana Develops New Oralman Repatriation Programme«, *Central Asia Online*, 2.11.2011, <http://centralasiaonline.com/en_GB/articles/caii/features/main/2011/11/02/feature-01>.

129 Die Streiks gelangten erst Anfang Juli 2011 in die Schlagzeilen, als der britische Musiker Sting ein anlässlich des Geburtstages von Präsident Nasarbajew geplantes Konzert in der kasachischen Hauptstadt Astana absagte, nachdem er von Amnesty International über die Streiks und deren Hintergründe unterrichtet worden war; vgl. »Sting Cancels Kazakhstan Concert over »Rights Abuses«, *BBC News*, 4.7.2011, <www.bbc.co.uk/news/entertainment-arts-14011860>.

130 Vgl. Almaz Rysaliev, *Kazakhstan's Unhappy Oil Workers*, IWPR, 24.6.2011 (Reporting Central Asia Nr. 652), <<http://iwpr.net/report-news/kazakhstan-unhappy-oil-workers>>.

weis auf das gegenüber dem Landesdurchschnitt ohnehin schon hohe Lohnniveau zurückwies,¹³¹ reagierte mit Massentlassungen und anderen Strafmaßnahmen und verklagte die Aktivisten zudem beim Gebietsgericht, das die Streiks für ungesetzlich befand. Vertreter der unabhängigen Gewerkschaften und andere Aktivisten wurden festgenommen und zu teils hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Besondere Empörung erregte die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Gewerkschaftsanwältin Natalia Sokolowa wegen des Vorwurfs der »Anstiftung zum Sozialhass«, den das Firmenmanagement erhoben hatte. Das Gericht, das weder Zeugen noch potentiell entlastendes Material zugelassen hatte, verurteilte die Anwältin zu sechs Jahren Gefängnis und anschließendem dreijährigen Berufsverbot.¹³²

Weder diese Maßnahmen noch die Einschüchterung von Aktivisten¹³³ noch Versuche, durch das Abschalten des regionalen Mobilfunknetzes¹³⁴ eine Ausweitung der Proteste zu verhindern, erwiesen sich als geeignet, die Streiks zu beenden. Stattdessen führten die Unnachgiebigkeit der Arbeitgeberseite und die offenkundige Parteilichkeit der staatlichen Organe dazu, dass sich im Laufe des Sommers 2011 immer mehr Arbeiter den Streikenden anschlossen und der Arbeitskampf einen zunehmend politischen Charakter gewann. So nahmen die Streikenden nicht nur mit der Revision des Urteils gegen Sokolowa ein dezidiert politisches Anliegen in ihren Forderungskatalog auf; es kündigten auch über Tausend Ölarbeiter ihre Mitgliedschaft bei *Nur Otan* – der Staatspartei, deren Vorsitzender Präsident Nasarbajew ist – und schlossen sich einem Oppositionsbündnis an.¹³⁵ Auch in ande-

ren Landesteilen kam es zu Protestaktionen¹³⁶ und Solidaritätskundgebungen.¹³⁷ Dass diese bisher vereinzelt geblieben sind, liegt nicht zuletzt an der fehlenden oder aber tendenziösen Berichterstattung in den staatlich gelenkten Medien, die die Lohnforderungen der Streikenden unter Verweis auf die niedrigeren Durchschnittslöhne als überzogen abtaten.¹³⁸ Gleichzeitig versuchten die lokalen Behörden mit allen Mitteln zu verhindern, dass Informationen über die Ereignisse in Mangystau ungefiltert nach außen dringen. Leitend war die Sorge, dass die skeptische Indifferenz der kasachischen Öffentlichkeit gegenüber den Forderungen der streikenden Ölarbeiter in Sympathie umschlagen könnte.¹³⁹

Zwar flauten die Streiks nach fünf Monaten langsam ab, doch ein harter Kern von etwa tausend Protestierenden, die ihre Entlassung nicht akzeptierten und für die der Arbeitskampf inzwischen zu einer Frage der Ehre geworden war, harrte weiter aus. So entstand eine Pattsituation: Während die Ölarbeiter auf der Legitimität ihrer Forderungen bestanden und an die Regierung appellierten, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen,¹⁴⁰ schien die Politik in der Hauptstadt Astana darauf zu setzen, dass der Protest mit der Zeit von selber erlahmen würde. Doch die anhaltenden

131 Ebd.; siehe auch »Deadlock in Kazakhstan as Oil Workers Strike«, *BBC News*, 25.10.2011, <www.bbc.co.uk/news/world-asia-pacific-15426533>.

132 Vgl. Human Rights Watch, »Kazakhstan: Appeals Hearing Should Vindicate Labor Rights«, 14.9.2011, <www.hrw.org/news/2011/09/14/kazakhstan-appeals-hearing-should-vindicate-labor-rights>.

133 Vgl. Andrei Grishin, *Reprisals Merely Anger Protesting Kazakh Oil Workers*, IWPR, 28.8.2011 (Reporting Central Asia Nr. 656), <<http://iwpr.net/report-news/reprisals-merely-anger-protesting-kazakh-oil-workers>>.

134 Vgl. Farkhad Sharip, »Kazakh Authorities Ignore Political Implications of Strikes in Karazhanbas Oilfields«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (3.8.2011) 149, <[www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=38273](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=38273)>.

135 Vgl. »Deadlock in Kazakhstan as Oil Workers Strike« [wie Fn. 131]; »Striking Kazakh Oil Workers Quit Ruling Party«, *RFE/RL*, 11.8.2011, <www.rferl.org/content/striking-kazakh-oil-workers-quit-ruling-party/24294248.html>.

136 Vgl. »Kazakh Workers' Protest Widen«, *Asia News.it*, 2.7.2011, <www.asianews.it/news-en/Kazakh-workers%E2%80%99-protests-widen-21988.html>; Rysaliev, *Kazakhstan's Unhappy Oil Workers* [wie Fn. 130].

137 Vgl. »Activists in Almaty Express Solidarity with Striking Oil Workers«, *RFE/RL*, 9.9.2011, <www.rferl.org/content/activists_in_almaty_express_solidarity_with_striking_workers/24323533.html>.

138 Vgl. Rysaliev, *Kazakhstan's Unhappy Oil Workers* [wie Fn. 130]; Saule Mukhametrakhimova, *Patience Wearing Thin in Kazakhstan*, IWPR, 23.9.2011 (Reporting Central Asia Nr. 657) <<http://iwpr.net/report-news/patience-wearing-thin-kazakhstan>>.

139 Vgl. »Television Crew Assaulted after Covering Labour Strike«, *IFEX*, 27.10.2011, <www.ifex.org/kazakhstan/2011/10/27/bisen_amilov_assaulted/>; »Kazakh Rapper Forced to Cancel Concert for Striking Workers«, *RFE/RL*, 31.8.2011, <www.rferl.org/content/kazakh_rapper_forced_to_cancel_concert/24314142.html>; Mukhametrakhimova, *Patience Wearing Thin* [wie Fn. 138].

140 Mit Premierminister Karim Massimow, der ein aktiver *Social Networker* ist, versuchte man sogar über Twitter Kontakt aufzunehmen; vgl. Artur Nigmatov, »Tired, Angry, But Determined, Striking Kazakh Oil Workers Say Fight Will Go On«, *RFE/RL*, 14.9.2011, <www.rferl.org/content/striking_kazakh_oil_workers_say_fight_will_go_on/24328725.html>; »Kazakh Strikers Demand Apology from President's Son-In-Law«, *RFE/RL*, 30.9.2011, <www.rferl.org/content/kazakh_striking_oil_workers_demand_apology_from_president_nazarbaev_son_in_law/24345404.html>.

Arbeitsniederlegungen führten zu einem deutlichen Rückgang der Ölproduktion; bis Oktober 2011 fiel die Förderung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7 Prozent. Der finanzielle Verlust für den Betreiber KazMunaiGaz und für die beteiligten staatlichen Investmentfonds wird auf mehrere hundert Millionen US-Dollar beziffert.¹⁴¹

Schien es zunächst, als sei die politische Führung Kasachstans eher gewillt, wirtschaftliche Verluste hinzunehmen als einen Gewalteininsatz zu riskieren, kam es am 16. Dezember 2011 anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes doch zur Eskalation zwischen den Sicherheitskräften und streikenden Arbeitern in der Kleinstadt Schanaozen. Zwar ist der genaue Hergang der Ereignisse aufgrund der umgehend verhängten Informationsblockade unklar. Doch kann als gesichert gelten, dass der Polizeieinsatz, bei dem mit scharfer Munition auf die Demonstranten geschossen wurde, zahlreiche Opfer forderte; inoffizielle Berichte sprechen von mehreren Dutzend Toten und mehreren Hundert Verletzten.¹⁴²

Die gewaltsam beendeten Proteste der Ölarbeiter in Westkasachstan haben die Grenzen des kasachischen »Gesellschaftsvertrags« vor Augen geführt, der die Grundlage der politischen Stabilität in Kasachstan bildet: Er beruhte auf dem Versprechen des Staates, die Bürger am wirtschaftlichen Erfolg des Landes teilhaben zu lassen – wenn sie dafür auf Forderungen nach politischer Mitsprache verzichten.¹⁴³ Die streikenden Ölarbeiter haben diese stillschweigende Übereinkunft aufgeündigt, indem sie die Politik aufforderten, Fragen der Verteilungsgerechtigkeit neu zu verhandeln. Die Weigerung der Politik, die Legitimität dieses Begehrens anzuerkennen und mit den Streikenden zu verhandeln, ist nicht nur symptomatisch für die Selbstherrlichkeit einer verwöhnten Elite;¹⁴⁴ sie stellt auch einen exemplarischen Fall von Politikversagen in einem autoritär regierten Staat dar. Denn die Konfliktparteien hätten vermutlich zu einem

Kompromiss gefunden, wenn sich die staatliche Seite damit begnügt hätte, in diesem Arbeitskampf die Rolle eines neutralen Schlichters zu übernehmen, anstatt unzweideutig für die Arbeitgeberseite Partei zu ergreifen.

Die Konfrontation zwischen den streikenden Ölarbeitern und den Sicherheitskräften bezeugt nicht nur das Scheitern des staatlichen kasachischen Krisenmanagements; die Gewalteskalation in Schanaozen durchbricht auch das kasachische Erfolgsnarrativ, das autoritäre Führung und wirtschaftliche Prosperität zu Voraussetzungen politischer Stabilität erklärt. Zwar sind die Unruhen im Westen des Landes für sich genommen noch kein Indiz für eine zunehmende Protestbereitschaft in der kasachischen Gesellschaft, doch zeugen sie von einer wachsenden Distanz einzelner sozialer Gruppen gegenüber dem Staat. Darüber hinaus belegen Umfragen in Kasachstan, dass mit wachsender Unzufriedenheit über die staatliche Sozialpolitik in der Tat auch die Protestbereitschaft in der Bevölkerung zunimmt.¹⁴⁵ Aufgrund der geographischen und sozio-ökonomischen Fragmentierung Kasachstans sind Massenproteste dennoch unwahrscheinlich, jedenfalls solange sie sich nicht in den großen Städten entzünden, in denen sich die Ressourcen für eine effektive Organisation solcher Proteste konzentrieren. Die kurzfristige Vorverlegung der ursprünglich für August 2012 vorgesehenen Parlamentswahlen auf Januar 2012 könnte vor diesem Hintergrund ein Indiz für ein geschärftes Krisenbewusstsein der Führung Kasachstans sein. Denn die Wahlen sollten den Einzug weiterer Parteien ins Unterhaus des kasachischen Parlaments ermöglichen¹⁴⁶ – eine Maßnahme, die offensichtlich einer befürchteten Legitimations- und Imagekrise vorbeugen sollte.

141 Vgl. »Kazakhstan: Labor Dispute Dragging Energy Production Down«, *EurasiaNet*, 13.10.2011, <www.eurasianet.org/node/64310>.

142 Vgl. »Situation Remains Tense in Western Kazakhstan after Deadly Clashes«, *RFE/RL*, 19.12.2011, <www.rferl.org/content/kazakhstan_manghystau_oil_workers_unrest/24425501.html>.

143 Vgl. Schmitz, *Kasachstan: neue Führungsmacht im postsowjetischen Raum?* [wie Fn. 110].

144 Vgl. dazu exemplarisch »Kazakh Strikers Demand Apology from President's Son-In-Law« [wie Fn. 140].

145 Vgl. »Survey Shows Rise in Public Frustration, Protest Mood in Kazakhstan«, *BBC Monitoring Global Newline – Central Asia Political*, 26.8.2011; Mukhametrakhimova, *Patience Wearing Thin* [wie Fn. 138].

146 Vgl. Voloshin, »President Nazarbayev Dissolves Parliament's Lower Chamber« [wie Fn. 118]; siehe auch den vorläufigen Bericht der OSZE über die Parlamentswahlen vom 15. Januar 2012, zugänglich über <www.osce.org/odihr/elections/86985>.

Fazit und Schlussfolgerungen

Die Fallstudien haben gezeigt, dass mit Ausnahme Turkmenistans in den zentralasiatischen Republiken ausgeprägte Protestpotentiale bestehen. Dass diese zu Protestaktionen führen, ist allerdings in einigen Republiken wahrscheinlicher als in anderen. In Kirgistan ist die Hemmschwelle für solche Aktionen besonders gering; offen bleibt dort, inwieweit die neue Vielfalt politischer Entscheidungszentren eine erneute Revolte verhindert oder ob die in einem sich verschärfenden Reformstau begründeten Funktionsdefizite der Politik frustrierte Massen veranlassen, ihrer Unzufriedenheit in weiteren Gewaltexzessen Luft zu machen. Auch in Tadschikistan könnte die Verbitterung der Bevölkerung über das Versagen des Staates, ihre sozialen und wirtschaftlichen Probleme anzugehen, vor dem Hintergrund der Erinnerung an den Bürgerkrieg und der repressiven staatlichen Religionspolitik in Gewalt münden.

In Usbekistan könnten Proteste ebenfalls in Gewalt umschlagen. Das usbekische Regime verfügt allerdings über weitaus stärkere Zwangsmittel als das tadschikische. Lokal begrenzte Proteste sind angesichts der sozio-demographischen Entwicklung Usbekistans für die Zukunft nicht auszuschließen, würden aber von den usbekischen Machthabern sehr wahrscheinlich (wie bereits in der Vergangenheit) gewaltsam niedergeschlagen. Dagegen sind in Turkmenistan größere Proteste unwahrscheinlich, weil eine Öffentlichkeit praktisch vollständig fehlt und der staatliche Repressionsapparat omnipräsent ist. In Kasachstan hingegen dürfte die Protestbereitschaft wachsen. Das Protestpotential ist hier vor allem an den Rändern der Gesellschaft verortet. Die staatliche Politik scheint weder willens noch in der Lage, der gesellschaftlichen Fragmentierung konstruktiv zu begegnen, besitzt jedoch ein breites Spektrum von Zwangsmitteln, mit denen es im Ernstfall versuchen dürfte, Protest zu unterdrücken.

Charakteristisch für alle fünf zentralasiatischen Staaten ist die hohe Wahrscheinlichkeit, dass Proteste in Gewalt umschlagen. Die autoritären Systeme in der Region sind offenbar nicht imstande, kollektiv bindende Entscheidungen auf dem Verhandlungsweg herbeizuführen. Diese Schwäche suchen sie zu kompensieren durch eine ausgeprägte Entschlossenheit

zur Repression, wie zuletzt bei den Ölarbeiterstreiks in Westkasachstan. Die Erfahrung solcher Gewalteinwürfe senkt die Bereitschaft für politischen Protest in Zentralasien und macht eine Ausweitung lokal gebundener Proteste höchst unwahrscheinlich. Zudem erschwert die geographische, soziale und kulturelle Fragmentierung innerhalb sowie zwischen den einzelnen Staaten der Region das Entstehen einer zentralasiatischen »Welle des Aufbruchs« nach dem Muster des Arabischen Frühlings.

Darüber hinaus fehlt es in Zentralasien, anders als im arabischen Raum, an Narrativen, die ein länderübergreifendes Gemeinschaftsbewusstsein stiften und in gemeinsamer Kultur, Religion und Sprache verankert werden könnten. Vielmehr herrscht ein durch das postsowjetische *nation building* geschaffenes ausgeprägtes Differenzbewusstsein vor, das exklusive Erzählungen über die eigene Nation und die sie konstituierenden Traditionen kultiviert. Eine zentralasiatische Gemeinschaft, die auch für eine gemeinsame Leidensgeschichte stünde, hat sich deshalb nicht herausbilden können. Es fehlt somit eine gemeinsame Projektionsfläche, auf die ein »zentralasiatischer Frühling« sein Befreiungsbegehren ausrichten könnte.

Die teils rapide Verbreitung neuer Medien ändert an diesem Befund wenig. Einen vorläufigen Eindruck davon vermitteln erste Reaktionen in den Netzgemeinschaften der Region auf den Arabischen Frühling, der etwa in kirgisischen Foren ein zynisches Echo findet, während manche usbekischen Kommentatoren auf ähnliche Ereignisse im eigenen Land hoffen.¹⁴⁷ Dennoch haben die Einführung neuer Technologien und die Liberalisierung der Märkte – zumindest in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan – zu einer exponentiellen Ausweitung des Raumes kommunikativer Erreichbarkeit geführt. Zwar ist der Internetzugang über Festnetzleitungen nach wie vor begrenzt, und der Ausbau

¹⁴⁷ Vgl. beispielhaft die Diskussion auf *Diesel Forum*, 16.11.2011, <<http://diesel.elcat.kg/lofiversion/index.php?t10239770.html>>, sowie die Kommentare zum Artikel »Cygan uže prodal šubu, a Uzbekistan »perechodit na ugol« [Der Zigeuner verkauft bereits seinen Mantel und Usbekistan steigt auf Kohle um], *ferghana.news*, 28.10.2011, <www.ferghananews.com/comments.php?id=7152>.

mit Breitband-Anschlüssen steht erst am Anfang.¹⁴⁸ Doch im Bereich des Mobilfunks haben alle Länder (selbst das isolierte Turkmenistan) eine Abdeckung von mindestens 60 Prozent erreicht, und die Zahlen wachsen rasant.¹⁴⁹ Begünstigt durch niedrige Tarife, breitet sich deshalb vor allem die Nutzung des mobilen Internets aus.¹⁵⁰ Immer mehr Menschen können de facto mit ihren Mobiltelefonen auf Online-Angebote zugreifen. Infrastrukturell sind somit die Voraussetzungen gegeben, dass sich innerhalb der einzelnen Staaten »provisorische Gemeinschaften« bilden können.¹⁵¹ Dieses dynamisierende Potential wächst durch Vorbilder; der Arabische Frühling bot der Öffentlichkeit in Zentralasien zweifellos eine erste Orientierung.

Eine entscheidende Rolle im Hinblick auf mögliche Protestdynamiken in der Region spielt vor diesem Hintergrund auch die zentralasiatische Rezeption der Demonstrationen, die sich in Russland an den massiven Fälschungen bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 entzündet hatten. *Social Media* wie Twitter, Facebook und deren russisches Pendant *Vkontakte* werden von den Unzufriedenen in Russland gegenwärtig in für das Land völlig neuer Weise zur Organisation und Koordination der Proteste genutzt.¹⁵² Es ist nicht auszuschließen, dass dieses russische Beispiel längerfristig die Herausbildung eines neuen politischen Bewusstseins auch in den zentralasiatischen Staaten befördern wird. Denkbar ist zumindest, dass die russische Sprache es einer neuen, jungen Generation ermöglicht, über Landesgrenzen hinweg an die

russische Erfahrung anzuknüpfen, gegen politische Stagnation zu rebellieren und Reformen einzufordern.

Die gegenwärtigen Regime Zentralasiens stehen dem schnellen Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologien gespalten gegenüber. Zwar ist ihnen bewusst, dass stetiges Wirtschaftswachstum nur unter Einsatz moderner Technologien gewährleistet werden kann; zugleich wächst ihre Sorge vor einem Verlust ihrer Kontrolle über Informationen und Kommunikationsströme. Vor diesem Hintergrund experimentieren alle fünf Staaten der Region mit neuen Formen der Aufsicht und Kontrolle. Diese reichen von repressiven Gesetzen und Anwendung neuer Filtertechnologien über umfangreiche Manipulationen von Inhalten bis hin zur Überwachung technischer Knotenpunkte.¹⁵³ Eingebettet sind diese Versuche in konzertierte Anstrengungen zur Kontrolle des Internets im Rahmen der regionalen Kooperation. So war der informelle Gipfel der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS), einem regionalen Bündnis unter russischer Führung, im August 2011 in der kasachischen Hauptstadt Astana zweifellos ein Reflex auf die Ereignisse in Nordafrika und Nahost: Zentrales Thema des Treffens war die Frage, wie ein Übergreifen des Arabischen Frühlings auf den post-sowjetischen Raum zu verhindern sei. Im Fokus stand dabei die Rolle des Internets und der *Social Media*. In seinem Eröffnungsvortrag brandmarkte der kasachische Präsident Nasarbajew die Informationsfreiheit im Netz als Bedrohung für regionale Sicherheit und Stabilität und forderte wirksame Gegenmaßnahmen.¹⁵⁴ Die präventive Strategie für die Kontrolle des virtuellen Raums und gegen »Cyberterrorismus«, auf die sich die in Astana versammelten Staatschefs als neue Priorität der OVKS einigten, dürfte folgerichtig auf eine Verschärfung der Internetzensur und eine Manipulation sozialer Netzwerke hinauslaufen.¹⁵⁵

Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass diese Anstrengungen dauerhaft werden verhindern können, dass sich in den Staaten Zentralasiens eine – quantitativ wie qualitativ – neue Öffentlichkeit herausbildet, die ihre Aufmerksamkeit flexibler einsetzt und Lösungen für Probleme zeitnah einfordert. Für die poli-

148 Vgl. United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific (ESCAP), *Broadband for Central Asia and the Road Ahead. Economic Development through Improved Regional Broadband Networks*, ESCAP Technical Paper Information and Communications Technology and Disaster Risk Reduction Division 2009, <www.unescap.org/idd/working%20papers/IDD_TP_09_05_of_WP_7_2_909.pdf>.

149 2005 lagen diese Werte, mit Ausnahme von Kasachstan, alle noch im Bereich von 10 Prozent; vgl. *Mobile Cellular Subscriptions, 2001–2010* [wie Fn. 11].

150 Vgl. Internet World Stats, *Asia Internet Usage and Population*, <www.internetworldstats.com/stats3.htm>.

151 Zum Begriff der »provisorischen Gemeinschaft« als eines neuen Typs von Protestverbänden, die sich spontan konstituieren und wieder auflösen, ohne formale Organisation auskommen und leicht mobilisierbar sind, vgl. Abdelwahab Meddeb/Benjamin Stora, »Arabisches Erwachen. Die Wiederaaneignung des eigenen Schicksals und eine sich öffnende Welt«, in: *Lettre 92* (Frühjahr 2011), S. 23–27.

152 Vgl. Moritz Gathman, »Raus aus den Blogs, raus auf die Straße«, in: *Der Tagesspiegel*, 17.12.2011, <www.tagesspiegel.de/medien/raus-aus-den-blogs-raus-auf-die-strasse/5968978.html>.

153 Vgl. *Central Asia: Censorship and Control of the Internet* [wie Fn. 80].

154 Vgl. Tai Adelaja, »Brotherhood in Resistance«, *Russia Profile*, 15.8.2011.

155 Vgl. Roger McDermott, »CSTO Moves into the Information Age«, *RFE/RL*, 4.9.2011, <www.rferl.org/content/commentary_csto_moves_into_information_age/24317363.html>.

tischen Entscheidungsträger in Zentralasien bedeutet dies eine Herausforderung, der sie – mit Ausnahme Kirgistans – bisher nicht anders zu begegnen wissen als mit noch mehr Manipulation und Repression. Das zugrundeliegende Kalkül mag insoweit aufgehen, als es die Konflikte in den Gesellschaften einweilen latent halten könnte; auf Dauer blockiert es jedoch zugleich die notwendigen Wandlungsprozesse.

Die Europäer sowie andere westliche Staaten spielen in diesem gesamten Prozess bisher eine überaus ambivalente Rolle, die es angesichts des sich anbahnenden gesellschaftlichen Wandels in Zentralasien zu überdenken gilt: Einerseits ist die Zusammenarbeit des Westens mit den Regimen Zentralasiens darauf gerichtet, durch den Transfer von Ideen und Technologien die Transformation der früheren Sowjetrepubliken in offene Gesellschaften zu unterstützen. Gleichzeitig aber wird das Engagement des Westens in diesem Teil der Welt spätestens seit dem Krieg in Afghanistan vor allem durch ökonomische sowie stabilitäts- und sicherheitspolitische Kalküle dominiert. Diese Prioritätensetzung hat wesentlich dazu beigetragen, dass die autoritären Regime Zentralasiens in den von ihnen regierten Gesellschaften zunehmend unangefochten den öffentlichen Raum monopolisieren konnten.¹⁵⁶

Die Umbrüche in Nordafrika und im Mittleren Osten haben gezeigt, wie instabil die von autoritären Regimen geschaffenen politischen Systeme in Zeiten der Krise sind. Die vorliegende Analyse konstatiert ähnliche System- bzw. Akzeptanzdefizite auch in den zentralasiatischen Staaten. Für die deutsche und die europäische Politik gegenüber der Region ergeben sich hieraus drei Schlussfolgerungen.

(1) Mit der sich verändernden Medien- und Kommunikationslandschaft wird die Öffentlichkeit auch in den zentralasiatischen Staaten vielstimmiger und dezentraler. Dies macht es für die europäischen Akteure immer riskanter, bei der Verfolgung ihrer Interessen auf die bestehenden repressiven Regime der Region zu setzen. Vielmehr muss sich der Westen darauf einstellen, dass er in Zukunft von einer größeren Zahl zudem unterschiedlicherer Akteure direkter und kritischer auf seine Motive hin befragt wird. Die Europäer sollten daher bei der Wahrung ihrer Interessen darauf bedacht sein, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Zivilgesellschaften der Region nicht zu verspielen,

denn der partnerschaftliche Umgang mit zentralasiatischen Autokraten birgt auf Dauer das Risiko einer Entfremdung zwischen dem Westen und möglichen zukünftigen Entscheidungsträgern. Die Politik der »Annäherung« und des »Dialogs« droht sich zu diskreditieren, wenn diese in der Öffentlichkeit der Region nur als kosmetische Flankierung harter Interessenpolitik des Westens wahrgenommen wird. Der Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologien wird die Möglichkeiten der zentralasiatischen Öffentlichkeit, solche Diskrepanzen in der Politik ausländischer Partner zu beobachten, zukünftig noch erweitern.¹⁵⁷

(2) Im Interesse eines friedlichen und geordneten Wandels in der Region sollte der Westen seine zentralasiatischen Partner dazu motivieren, die neu entstehenden öffentlichen Räume nicht wieder zu beschneiden. Die öffentlichen Reaktionen auf Ereignisse wie die Abschaltung der Mobilfunknetze in Ägypten oder die Schließung lokaler Fernsehstationen in Kirgistan im Juni 2010 haben verdeutlicht, welche Folgen es haben kann, wenn einmal geweckte Erwartungen plötzlich enttäuscht werden: In Ägypten kam es zu eskalierenden Protesten, während in Kirgistan das entstandene Informationsvakuum durch die Verbreitung von Gerüchten gefüllt wurde und schließlich Panik auslöste.¹⁵⁸ Die westliche Politik täte daher gut daran, Ausbau und Umgang mit den neuen Informationstechnologien in Zentralasien zu fördern, auf einen freien Zugang der Menschen zu Informationen und Kommunikationstechnologien zu pochen und hierzu erforderlichenfalls politischen Druck auszuüben.

(3) Schließlich sollte der Westen sich von der Illusion verabschieden, gesellschaftliche Veränderungsprozesse dadurch kontrollieren zu können, dass man die vermeintlich »richtigen« politischen Kräfte identifiziert: Die Umbrüche in der arabischen Welt zeichneten sich nicht zuletzt durch das Fehlen eindeutiger »Galionsfiguren« aus. Stattdessen hat sich gezeigt, dass in der digitalisierten Welt frei vernetzte Bewegungen eine zentrale Rolle in Protestdynamiken spielen. Ausschlaggebend ist deshalb die Präsenz einer kritischen Masse gut ausgebildeter junger Menschen, die in Zeiten rasanten Wandels einen institutionellen Neubeginn zu gestalten vermögen und die der Westen

¹⁵⁶ Vgl. Andrea Schmitz, *Jenseits von Afghanistan. Die zentralasiatischen Implikationen der neuen ISAF-Strategie*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2010 (SWP-Aktuell 32/2010).

¹⁵⁷ Vgl. Andrea Schmitz/Alexander Wolters, »Revolutionen in Zentralasien?«, in: *Zentralasien-Analysen*, (29.7.2011) 43–44, S. 2–5 (5), <www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen43-44.pdf>.

¹⁵⁸ Vgl. Wolters, »The Changing Media Landscape in Kyrgyzstan and Central Asia« [wie Fn. 29].

politisch adressieren kann. Im Hinblick auf die Staaten Zentralasiens mit ihren als katastrophal einzuschätzenden Bildungssystemen¹⁵⁹ bedeutet diese Erkenntnis einen Appell an die Europäische Union und insbesondere an Deutschland, das vor Ort mit einer großen Zahl an Bildungs- und Kulturmittlern präsent ist, verstärkt in Maßnahmen zu investieren, mit denen Kapazitäten für gute Bildung in der Region aufgebaut werden können. Mit der Zentralasien-Strategie der EU existieren diesbezüglich ambitionierte Zielvorgaben, die jedoch auch fünf Jahre nach ihrer Formulierung noch längst nicht erfüllt sind.¹⁶⁰

Abkürzungen

BBC	British Broadcasting Corporation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BTI	Bertelsmann Transformation Index
CIA	Central Intelligence Agency
CNPC	China National Petroleum Corporation
CPI	Corruption Perceptions Index
EIU	Economist Intelligence Unit
ESCAP	Economic and Social Commission for Asia and the Pacific
EU	Europäische Union
GSM	Global System for Mobile Communications
HDI	Human Development Index
ICG	International Crisis Group
IMF	International Monetary Fund
IP	Internet Protocol
ITU	International Telecommunication Union
IWPR	Institute for War and Peace Reporting
Nato	North Atlantic Treaty Organization
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty
SMS	Short Message Service
SORM	Sistema operativno-rozysknykh meroprijatij (System operativer und investigativer Maßnahmen)
UMTS	Universal Mobile Telecommunications System
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
WTO	World Trade Organization

¹⁵⁹ Vgl. ICG, *Central Asia. Decay and Decline* [wie Fn. 7].

¹⁶⁰ Vgl. Peter Jones, *The EU-Central Asia Education Initiative*, Februar 2010 (EU-Central Asia Monitoring, Working Paper 09), <www.eucentralasia.eu/fileadmin/user_upload/PDF/Working_Papers/WP9-EN.pdf>.